

offensiv **links**

bewegung für sozialismus föj



**Gewalt
gegen
Frauen**

S 8,-
nr. 44/jg. 5
Juni/Juli 1978

**Leben in Wien
Planen in Wien**

**Bergbauern
in Österreich**

Inhalt

- 3 GASTARBEITER
Geschichte aus dem Wienerwald
- 4 GEWERKSCHAFT
Nachschrift zum Semperit-Streik
- 5 FRAUEN
Gewalt gegen Frauen
- 7 FRAUENHAUS
auf Wiener Art
- 9 SP-FRAUEN
"Durchboxen, Genossinnen"
- 11 ALLTÄGLICHE GESCHICHTEN
- 12 GEMEINDE WIEN
Groß - größer - Mayr
- 14 KOMMUNALES
Am Beispiel Planquadra
- 16 BERGBAUERN
Land der Berge
- 19 1. Mai in Wien
- 20 BETRIFFT: RECHTSSTAAT
Recht schützt vor Strafe nicht
- 22 EUROKOMMUNISMUS
Kommt "Eurokommunismus" in
Österreich?
- 23 PARISER MAI '78
- 25 ARGENTINIEN
Zwischen Volltreffer und Eigentor
- 27 AFRIKA
Wem die Stunde schlägt
- 30 BÜCHER
Aus der italienischen Arbeiter-
bewegung
- 31 LESERBRIEF
offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebensfähigkeit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgasse in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof). Telefon: 33 83 374. ● Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52. ● Einzelpreis: S 8,- ● Abonnement: S 80,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976. Länderbank Wien.



Zu diesem Heft

Das Thema Gewalt umfaßt ein weitaus größeres Spektrum als die in den Mittelpunkt dieser offensiv-links-Ausgabe gestellte Problematik jenes "Normalbereichs" von Gewaltanwendung, der kaum auffällt, weil es einfach "dazugehört". Zum Zusammenleben der Geschlechter, zum Eheleben, zum angeblichen "Wesen der Frau. (Ein ungarisches Sprichwort lautet: „Geld will rausgehauen, die Frau verhaun werden, . . .“) Auch die Gewalt gegen Kinder gehört zu diesem traurigen Kapitel unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit und soll an anderer Stelle einmal näher untersucht werden.

Unsere Zeitung wird immer schöner (diesmal Blocksatz!), der Arbeitsaufwand entsprechend üppiger. Fast wäre uns der Atem diesmal ausgegangen. (Daher die Doppelnummer.) Aber auch andere Probleme stehen vor der Tür, und wir wollen sie nicht gewaltsam von innen verriegeln, nur damit wir eben ungestört „Zeitung machen“, können. Für kleinere und größere Pannen in der kommenden Zeit bitten wir daher jetzt schon unsere Leser um Nachsicht und Verständnis.

Gastarbeiter



Das "idyllische" Häuserl am Berg, Arbeitsplatz der Gastarbeiterin Jovanka B. Pass und Arbeitspapiere musste sie beim Chef abliefern.

Geschichte aus dem Wienerwald

Vor drei Jahren war Jovanka B., 46, aus Brcko in Bosnien, Mutter zweier Töchter im Alter von 14 bzw. 16 Jahren nach Österreich gekommen, um zu arbeiten. Über einen privaten Arbeitsvermittler zwar, der gesetzeswidrig 500,- Schilling Provision kassierte, aber immerhin mit gültigen Arbeitspapieren und einer Arbeitsgenehmigung.

Ihr Arbeitsplatz ist bekannt-berüchtigt: Das "Häuserl am Berg" in Wien-Döbling, jenes Ausflugsziel, das Sonntagsspaziergänger meist liebevoll als "herzig verfallen" bezeichnen, wenn sie sich zu einem Viertel niederlassen. Für Jovanka B. wurde dieses verfallene Gebäude allerdings alltägliche Realität. Seit mehr als drei Jahren.

Der Inhaber, ein gewisser Herr Gutharc, dem auch das Wiener City-Expresso "Bei Henry" gehört, ließ die Jovanka B. dort völlig allein. Einmal die Woche ließ er sich kurz in der "idyllischen Einöde"

blicken, um Fleisch für die Woche anzuliefern - insbesondere für seinen Hund, denn das Fleisch war meist verdorben. Der Jovanka B. riet er, sie möge sich Eierspeis kochen. Für die 46jährige Frau nicht nur soziale Isolation (während der drei Jahre Beschäftigung bei Herrn Gutharc war Jovanka B. lediglich einmal in Wien!), sondern auch Quell ständiger Ängste: Es ist sicherlich nicht jedermanns Sache, völlig auf sich allein gestellt in der Einöde zu existieren. "Wenn ich krank geworden wäre, hätte ich sterben können. Niemandem wäre es aufgefallen", so Jovanka B. zu *offensiv links*. Die Tatsache, daß erst jüngst um 4 Uhr in der Früh zwei Fensterscheiben mit Gejohle eingeschlagen wurden, unterstreichen den düsteren Rahmen und das düstere Dasein der Jovanka B.

Tagsüber konnte sich Jovanka B. immerhin ablenken. Ihr Arbeitstag begann

um 6.30 Uhr und endete selten vor Mitternacht - bis eben der letzte Gast gegangen war. Sie versorgte allein das Haus, den Hund und den Esel, ging Brennstoff im Wald sammeln, kochte und servierte für die Gäste - kurz, sie funktionierte als Einmannbetrieb.

Vom ersten Tag an hatte Jovanka B. nicht nur unbezahlte Überstunden zu leisten - sie hatte auch keinen einzigen freien Tag und in allen drei Jahren nur insgesamt zweimal 14 Tage Urlaub. Deshalb hat sie nur mehr einen Wunsch: Sie möchte zurück nach Hause. Die Sache hat aber zwei Haken:

Zum Ersten bekommt Jovanka B. seit mehr als einem Jahr keinen Lohn mehr ausbezahlt. Bekam sie schon früher weder die Überstunden noch den ihr zustehenden Urlaub abgegolten, so hat Herr Gutharc seit einem Jahr die Zahlungen überhaupt eingestellt. Der Jovanka B. gegenüber behauptete er, er ►

habe das Geld direkt den Kindern überwiesen. Als sie Zahlungsbelege zu sehen wünschte, konterte er trocken: "Du bist sowieso Analphabetin und diese Angelegenheiten sind viel zu kompliziert für Dich."

Zum Zweiten aber trug Herr Gutharc auch Sorge dafür, daß Jovanka B. ihm nicht davonlaufen konnte. Er zog kurzerhand den Paß und die Arbeitspapiere ein und weigerte sich standhaft, diese wieder herauszugeben. Zu oft schon sei ihm das Personal vom 'Häuserl am Berg' davongelaufen. Glaubwürdig kann er das versichern. Die Tatsache selbst ist schließlich verständlich.

Herr Gutharc hat im übrigen seit Dezember 1977 keine Konzession mehr. Er ist der zuständigen Gewerbebehörde "bestens bekannt". Sein "Häuserl am Berg" ist baupolizeilich kaum mehr haltbar. Die Hälfte des Hauses, die zu Klosterneuburg gehörte, wurde bereits über behördliche Verfügung abgerissen. Lediglich der auf Wiener Gründen befindliche Teil steht noch. Nur: All dies löst das Problem der Jovanka B. nicht.



Sie lebt derzeit in ihrem ca. 8 Quadratmeter großen Zimmer ohne fließendem Wasser, ohne Geld, ohne Paß, völlig isoliert.

Die zuständigen Behörden haben sich bis jetzt nur um den baulichen Zustand des "Häuserl am Berg" gekümmert: nicht aber um das Schicksal der Jovanka B. Sklavenarbeit, im 20. Jahrhundert: in Wien.

R.P. ■

gewerkschaft

Nachschrift zum Semperit- Streik

Verlauf und Ausgang des Streiks sind aus den Tageszeitungen bekannt. Die Reifenwickler bei Semperit haben einen - nahezu - vollen Erfolg erzielen können.

Bemerkenswert erscheinen uns folgende Aspekte des Streiks: die feste Haltung der Belegschaft und des Betriebsrats; die arrogante Haltung des (mit westdeutschem Unternehmerpiff agierenden) Direktors von Semperit; die zwischen Ratlosigkeit und dümmlicher Aggressivität schwankende Haltung der Massenmedien; die anfangs mit den Forderungen der Streikenden solidarische, nach der Urabstimmung über den von der ÖGB-Spitze vorgelegten Kompromißvorschlag fragwürdig gewordene Haltung der Gewerkschaften. Allerdings: der angedrohte Entzug der Unterstützung für den Streik muß auch auf dem Hintergrund der Entscheidung im Bezirksvorstand der Gewerkschaft der Chemiarbeiter in Baden gesehen werden. Indem sie den Betriebsratsobmann der Reifenwickler zum Vorsitzenden gewählt haben, haben sie den "Großkopferten" oben in aller Deutlichkeit gezeigt, was sie im Falle eines Abrückens von den Streikenden zu erwarten hatten.

Bleibt noch die Haltung des SPÖ-Finanzministers Hannes Androsch: seine Sorge galt in erster Linie den Unternehmer-Sorgen bei Semperit. Androsch erinnerte eindringlich an die Verluste und Strukturprobleme dieses Unternehmens und meinte, daß Leistungen nicht erzwungen werden könnten, die in den Erlösen keine Deckung fänden. Entstammen diese Begriffe der Terminologie eines angeblich auch im eigenen privatwirtschaftlichen Bereich äußerst erfolgreichen "Volkswirtschaftlers", sind sie lediglich dem Fachjargon geschuldet? Wir glauben nicht. So wie Androsch den Begriff "Kapitalismus" nicht in den Mund nehmen wird, spricht er von Leistungen, statt von Löhnen und von Er-

trägen statt von Profiten. Wer Lohn und Profit sagt oder hört, könnte auch an das ihnen zugrundeliegende Ausbeutungsverhältnis denken. Die Erstattung eines Teils der von den Arbeitern geleisteten Arbeit in Lohn soll eine Leistung des Unternehmers darstellen, der aus dem Rest der nichtbezahlten Arbeit entstandene Profit ist ein unschuldiger Ertrag.

In diesem Zusammenhang scheint der Vorschlag der Jungen Generation in der SPÖ, die Höchsteinkommen zu begrenzen in einem Verhältnis von 1 : 7 (Niedrigsteinkommen 5000 Schilling netto, Höchsteinkommen 35000 Schilling netto monatlich) eher der boshaften Phantasie einiger verspielter Jungsozialisten entsprungen zu sein. Dieser Vorschlag knapp vor dem Programmparteitag der SPÖ kann doch nicht angesichts der in der Wirtschaft erzielten Gewinnspannen als Mittel zur Begrenzung der Profite gedacht sein. Er richtet sich schon eher gegen jenen Funktionärsklüngel in der eigenen SPÖ, gegen jene Spitzengehälter der Spitzenpolitiker, die nur die Spitze des Eisbergs eines korrumpierenden Honorar-, Zweit- und Dritteinkommenssystems darstellen und langsam aber sicher den Blick für die Probleme jener Kleinverdiener vernebeln, deren Interessen diese Herrschaften zu vertreten vorgeben.

Der Vorschlag der Jungen Generation mag als der skandalöse Einfall einiger Unverbesserlicher am linken Rand der SPÖ erscheinen. Der Streik der Reifenwickler bei Semperit war die Praxis dieses Skandals in der wohlgesitteten Welt der Sozialpartnerschaft, der den Kapitalisten den Angstschweiß hervortreibt und den SPÖ/ÖGB-Bonzen das Blut in den Adern gerinnen läßt. Wenn er Schule macht.

Z.P. ■

Gewalt gegen Frauen

Was vor einigen Jahren mit Verständnislosigkeit und Spott, im Wiener Gemeinderat noch vergangenen Herbst mit Hohngelächter aufgenommen wurde, ist im Frühjahr 78 - die Kommunalwahlen stehen vor der Tür - zum Mittelpunkt eines Wettstreits um die Gunst der Wählerinnen geworden: Gewalt in der Ehe. Sowohl SPÖ als auch ÖVP fordern "Heime" oder "soziale Dienste" zum Schutz von Frauen und Kindern. Was Stadthauptmann Klein von der Wiener Polizei in einer "Club 2"-Diskussion noch vor kurzem mangels statistischen Beweismaterials für Österreich mit dem Hinweis auf die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse ("Das sieht man schon am Terrorismus") augenzwinkernd leugnen konnte, ist jetzt schwarz auf weiß belegt:

Auch in Österreich prügeln Ehemänner quer durch alle Schichten. Dies beweist für alle jene, die es noch nicht wußten, eine soeben beendete interdisziplinäre Studie ("Entstehungsbedingungen und Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen in der Ehe") der beiden feministischen Wissenschaftlerinnen Edit Schlaffer und Cheryl Benard. Die Studie kann wohl im wissenschaftlichen Sinn nicht als "repräsentativ" angesehen werden, da sie sich nur auf die Aussagen von 100 Wienerinnen stützt, davon 60 aus Trabantensiedlungen und 30 aus der gehobenen Mittel- und Oberschicht. Doch wer weiß, wie rasch sich die Zufluchtstätten für geschlagene Frauen (in der BRD "Frauenhäuser" genannt) im Ausland füllen, kann am realen Bedarf nicht zweifeln.

Die Familie - eine Brutstätte der Gewalt

"Des is ka Gewalt net, des is normal", "des is a Familiengeschicht, des geht niemandn was an" rechtfertigte sich ein Mann am Polizeikommissariat, der seine Frau grün und blau geprügelt hatte. Und damit hatte er die Problematik der physischen Gewalt gegen Frauen genau auf den Kopf getroffen.

Was auf offener Straße unter Fremden als schwere Körperverletzung mit hohen Haftstrafen geahndet wird, gilt hinter den vier Wänden des trauten Heims als normal. Sowohl Männer als auch viele Frauen, insbesondere aber Polizisten (unter den prügelnden Ehemännern besonders hoch vertreten), sind nach wie vor der Meinung, daß Schläge zur erlaubten Form der Konfliktaustragung in der Ehe gehören, in die sich einzumischen keiner das Recht hat. Kindes- und Frauenmißhandlung sind zwar vom Gesetz her verboten und strafbar, gleichzeitig aber abgestützt durch Institutionen wie Schule, Sozialbehörden, Polizei und Justiz, die als Vertreter und Aufrechterhalter dieses Systems Gewaltanwendung bis zu einem gewissen Grad tolerieren. Das gilt insbesondere für die Familie, für die sie sich nur beschränkt zuständig erklären. Innerhalb der Familie herrscht ein größerer Spielraum als außerhalb. Soziale Konflikte werden dort - auf dem Rücken der Frauen und Kinder - aufgefangen. Die Ideologie des trauten Heims, der Familie als Hort von Liebe und Geborgenheit, breitet den Mantel des Schweigens über dieses Verbrechen mit der größten Dunkelziffer. Die Frau, die für den Frieden im Heim verantwortlich gemacht wird, sucht oft die Schuld bei sich und findet dabei Bestätigung sowohl in der öffentlichen Meinung als auch bei den



Behörden, an die sie sich wendete. Eine Frau, die geschlagen wird, wird es schon irgendwie "provoziert" haben, sie hat es "verdient", ja vielleicht "mag" sie es sogar. Ökonomische und/oder psychische Abhängigkeit vom Mann, Angst vor mehr Gewalt und die Drohung, ihr die Kinder wegzunehmen, hindern Frauen oft sehr lange daran, Konsequenzen zu ziehen. Hilfe von der Polizei oder den Sozialbehörden bekommt sie kaum. Die offizielle Anerkennung des Phänomens käme einer Bankrotterklärung der Familie gleich.

Männergewalt ist international

Gewalt gegen Frauen hat meistens etwas mit Sexualität und den weiblichen Körperfunktionen zu tun (Verletzungen des Unterleibs sind die häufigste Folge ehelicher Auseinandersetzungen) und unterliegt deshalb ähnlichen Tabus wie die Sexualität selbst. Es bedurfte erst der Neuen Frauenbewegung und der ihr eigenen Organisationsstruktur - der enge Kontakt zwischen den einzelnen Frauen, die sich untereinander über ihr "Privatleben" verständigen, um den Untergrund an Gewalt aufzudecken, der das Leben *aller* Frauen bestimmt. Denn Gewalt ist nicht nur die direkte, physisch ausgeübte Gewalt, sondern die unterschwellige *Gewaltandrohung* für ungebührliche Freiheiten, die sich Frauen heute immer mehr nehmen.

Was in den Siebzigerjahren in den USA und in verschiedenen westeuropäischen Ländern begann - die Erfassung der Gewalt gegen Frauen in Form von veröffentlichten Gesprächsprotokollen und Erfahrungsberichten - fand ihren ersten großangelegten internationalen Ausdruck beim Brüsseler Tribunal "*Gewalt gegen Frauen*" (März 1976). Ein Monsterkongreß (etwa 1.500 Frauen) bildete den Auftakt für weitere kontinuierliche Arbeit zum Thema Gewalt. Frauenhäuser für geschlagene Frauen, in Großbritannien schon seit 1971 ein wesentlicher Bestandteil der Frauenbewegung, begannen auch in anderen Ländern - wenn auch unter großen Schwierigkeiten erkämpft - aus dem Boden zu schießen. Es kam zu großangelegten Kampagnen gegen Vergewaltigung, die Bedrohung von Frauen auf nächtlichen Straßen und gegen Behandlung von Vergewaltigung als Bagatelldelikt durch Polizei und Gerichte.

Männergewalt in Österreich

In Österreich fand das Brüsseler Tribunal bis auf einige primitivtänzende Glossen überhaupt keine Resonanz. Inzwischen hat sich vieles, fast möchte man sagen schlagartig, geändert. Eine "Club 2"-Diskussion über Gewalt gegen Frauen, in der die männlichen Diskutanten anschaulich Männergewalt verkörperten, löste eine Flut von Protesten und Reaktionen unter den Fernseherinnen aus. Die Veranstalter waren verblüfft. Sobald das Tabu durchbrochen, der Mantel des Schweigens gelüftet, bricht es aus den Frauen wie eine Erlösung heraus: Endlich darüber reden können, endlich mit dem Problem nicht allein sein - das ist schon mobilisierend genug.

viertel werden weniger leicht gehört als im Gemeindebau, Rücksicht auf Karriere und sozialen Status des prügeln den Akademikers, Angst vor der "Schande" hindern Nachbarn und die Ehefrau selbst, die Polizei einzuschalten: auch müßte die Unternehmersgattin, die keine Berufsausbildung hat, bei einer eventuellen Scheidung auf ihre bisher genossenen Privilegien verzichten. Deshalb sind mehr Fälle von Frauenmißhandlung aus der Unterschicht polizeibekannt. Polizeibekannt sind jährlich 2.400 Fälle, was, verglichen mit ausländischen Schätzungen (offizielle Statistiken gibt es kaum) sicher nur einen Bruchteil der tatsächlichen Gewalt darstellt, insbesondere wenn man bedenkt, daß Vergewaltigung in der Ehe kein strafbares Delikt ist.



Die Studie von Schläffer und Benard, die im Herbst bei Rowohlt erscheinen soll, beweist, daß das Verprügeln von Ehefrauen durchaus nicht auf die "Primitiven" (Klein im "Club 2") beschränkt ist, sondern sich auf alle Schichten erstreckt. Schreie im Villen-

Triviale Anlässe

Die Mehrheit der Frauen schildert als Anlässe für Gewaltausbrüche sehr triviale Vorfälle. Eine hatte einen zu großen Pullover gestrickt. Der Mann warf ihn



ins Feuer und sagte ihr: "Das hast du davon, daß du etwas hinter meinem Rücken tust". ... Die Frauen berichten von starken Ressentiments ihrer Männer gegen Intelligenz, Erfolg beim Anknüpfen von Freundschaften, gegen künstlerische und sonstige Interessen, die der Ehemann nicht hat. Jede Art von Forderung, von Wunsch oder Konkurrenz von seiten ihrer Frauen scheint den Männern verhaßt zu sein. Eifersucht ist ebenfalls ein wichtiges Element, wobei die Männer - fast prinzipiell - bei ihren Frauen dagegen gewaltsam vorgehen, was sie sich selbst ohne weiteres zugestehen. Schlaffer und Benard berichten über einen Angestellten in leitender Position, der das Telefon abmontiert, wenn er die Wohnung verläßt. Ein Ministerialrat verbietet seiner Frau, ihre Eltern zu besuchen. Ein Beamter sperrt seine Frau ein, damit sie nicht in den Pensionistenklub gehen kann. Auch die Fruchtbarkeit der Frau gilt als Beweis ihrer Eigenständigkeit, die es zu unterbinden gilt. Beim Brüsseler Tribunal berichtete eine Engländerin, daß sie ihr Mann zum ersten Mal schlug, als sie sich sterilisieren ließ: den Frauen die Pille zu verbieten, ist eine beliebte Form der Reglementierung. Gewalt wird als Mittel der Unterdrückung und Disziplinierung dann eingesetzt, wenn die Position des Mannes als Ehemann und Familienvater bedroht zu sein scheint.

Gewaltanwendung spielt aber auch dann eine Rolle, wenn sie nicht sichtbar ist. Denn sie schränkt von vornherein den Handlungsspielraum der Familienmitglieder ein. Das Kind und die Ehefrau wissen, daß der Vater bzw. Ehemann stärker ist und übertreten erst gar nicht ihre durch die Familie gesteckten Grenzen. Die Gewalt, über die der Ehemann und Vater verfügt, stützt sich nicht so sehr auf seine eigene Stärke als auf die Rückendeckung, die ihm durch die staatlichen Institutionen und kulturellen Normen geboten wird.

Erica Fischer ■

Bücher:

Fischer/Lehmann/Stoffl, *Gewalt gegen Frauen*, Kiepenheuer & Witsch
Haffner, *Gewalt in der Ehe*, Wagenbach
WAT 25
Pizzey, *Schrei leise, dva*
Pletscher, *Weggehen ist nicht so einfach, Gewalt gegen Frauen in der Schweiz*, Limmat-Verlag.

Frauenhaus

Frauenhaus auf Wiener Art

In Wien fand im April die Gründungsversammlung eines Vereins mit dem Namen "Sozialer Dienst für gefährdete Frauen und ihre Kinder" statt. Sinn und Zweck dieses Vereines ist es, von der Gemeinde Wien Geld für die Errichtung eines Hauses für geschlagene Frauen flüssig zu machen. Vorsitzender ist Justizminister Broda, im Vorstand und unter den 30 ordentlichen Mitgliedern finden sich in erster Linie mehr oder weniger prominente SP-ler(innen). Während die Feministinnen Schlaffer und Benard mit ihrem Forschungsprojekt den Bedarf an einem Frauenhaus erfaßten, handelten Johanna Dohnal und Irmtraud Leirer rasch und wahlbewußt. Aus der in anderen Ländern von der autonomen Frauenbewegung getragenen Frauenhausbewegung, deren Trägervereine in der BRD "Frauen helfen Frauen" heißen, droht in Österreich ein SP-reglementierter "sozialer Dienst" zu werden.

Frauenhäuser im Ausland

Nach den ersten Gehversuchen in den USA und insbesondere in Großbritannien, wo es mittlerweile an die 200 Frauenhäuser gibt, breitete sich die Frauenhausbewegung rasch über ganz Europa aus. Getragen wird sie von der autonomen Frauenbewegung. In den meisten Fällen wurden die Häuser nicht widerstandslos zur Verfügung gestellt, sondern mußten in zähen Verhandlungen mit viel Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlungen erkämpft werden. Vielfach wurden Häuser besetzt: in Rom etwa wurde ein Palast in der Nähe der Piazza Navona ein Jahr lang besetzt gehalten, bis er den Frauen vor kurzem von der Stadtverwaltung als Haus für geschlagene Frauen offiziell übergeben wurde. Die Frauenhäuser werden in Selbstverwaltung geführt und von den lokalen Behörden mehr oder weniger großzügig subventioniert. In der BRD wurde das erste Frauenhaus im Oktober 1976 in West-Berlin eröffnet. Das Haus - eine alte Villa - wurde dem Senat und der Bundesregierung in langwierigen und harten Kämpfen abgerungen. Es ist nun offiziell ein "Modellversuch" für drei Jahre, und wird mit 450.000 DM jährlich gefördert. Im Trä-

gerverein sitzen Frauen aus den Parteien und dem öffentlichen Leben, doch die Frauen, die im Haus arbeiten, haben durchgesetzt, daß sie die Mitarbeiterinnen, zusammen mit den betroffenen Frauen, bestimmen, wie das Haus verwaltet werden soll. Das Team besteht ausschließlich aus Frauen (Sozialarbeiterinnen, Psychologin, Krankenschwester, Sozialwissenschaftlerin, Erzieherin) ebenso die wissenschaftliche Begleitung und die juristische und medizinische Beratung. Wesentlich war, daß die Frauen zu keinen Konzessionen in punkto Selbstverwaltung bereit waren. Zwischen Oktober 76 und August 77 wurden 564 Frauen mit ca. 60 Kindern aufgenommen.

Aufgabe der Frauenhäuser ist es, mißhandelten Frauen und Kindern für einige Zeit eine Zufluchtstätte anzubieten. Die Frauen sollen im Haus die Möglichkeit haben, zu lernen, ihr Leben selbständig zu bewältigen. Im Zusammenleben mit anderen Frauen, die ähnliches durchgemacht haben, erkennen sie, daß sie mit ihrem Problem nicht alleine sind und lernen ihre Erfahrungen kollektiv aufzuarbeiten. Durch die Freundschaft und Solidarität mit anderen Frauen lernen sie auch Alternativen zum bisher erfahrenen Leben in der Kleinfamilie kennen. Vielfach hat sich gezeigt, daß Frauen nach einiger Zeit ►



mit Freundinnen und ihren Kindern in Wohngemeinschaften ziehen. Denn der Aufenthalt im Frauenhaus kann nur eine Übergangslösung sein, eine Periode, wo die Frauen rechtliche, medizinische, psychologische Hilfe erhalten und wo ihnen der Weg für einen neuen selbständigeren Anfang geebnet wird.

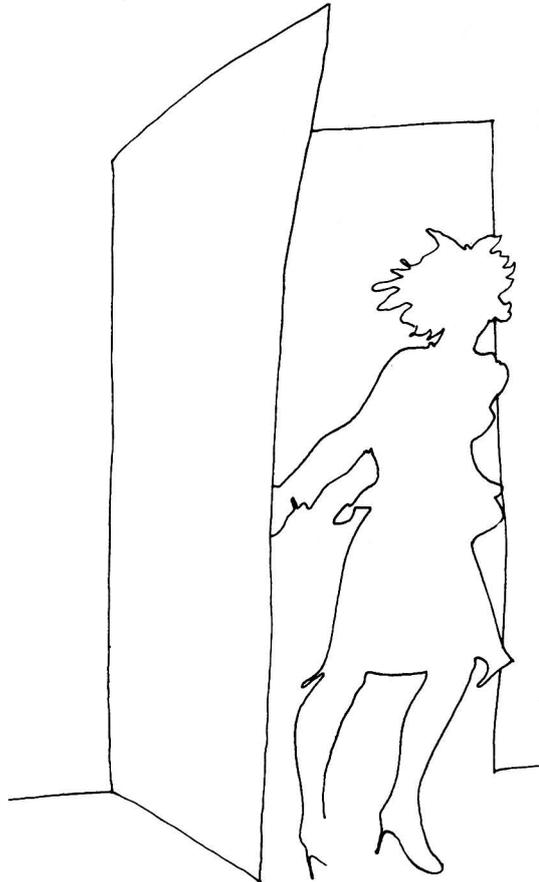
bewegung einfach so vor die Nase gesetzt wird? Kontakte zwischen Dohnal/Leirer und Schlaffer/Benard, die sich als erste ernsthaft für die Schaffung eines Frauenhauses eingesetzt haben, gab es schon seit einiger Zeit. Die beiden Wissenschaftlerinnen beschränkten sich aber in erster Linie auf ihre - sehr wichtige - empirische Arbeit zur Erfassung des Bedarfs für ein solches Haus. Der Informationsfluß zwischen Ihnen und der Frauenbewegung war stockend. Informationsgespräche brachten nicht viel, weil die Vorstellungen sehr vage waren. Etwas konkreter arbeitete eine Gruppe von Studentinnen der Sozialakademie Ottakring. Auch sie hatten Kontakt mit Irmtraud Leirer. Leirer zeigte den jungen Frauen die Möglichkeit auf, mittels eines Konzepts und der Gründung eines Trägervereins eventuell eine Subvention der Gemeinde erhalten zu können. Daraufhin erstellten drei der Studentinnen ein Konzept auf der Basis der vorliegenden Literatur aus dem Ausland und eigenen Vorstellungen und übergaben es (unvorsichtiger- und naiverweise) Irmtraud Leirer. Eine Absprache mit Schlaffer/Benard fand anscheinend vorher nicht statt. Dann fuhren sie zu einem Praktikum ins Ausland.

den das bittere Gefühl nicht los, daß wir sowohl von der Politik als auch von der Wissenschaft bloß benützt worden sind...Wir wehren uns dagegen, daß die Idee eines Frauenhauses für Wahlzwecke erhalten muß. Aber auch dagegen, daß Frauen in ihrer verzweifelten Situation für wissenschaftliche Forschungsprojekte erhalten müssen.“

Resumee eines Informationsabends im Frauenzentrum war, daß ein Frauenhaus in Form eines "sozialen Dienstes" sicher nicht in allen Punkten die Zustimmung der Frauenbewegung finden kann, daß aber momentan kein besserer Ansatz vorhanden ist. Da die SPÖ weiß, daß sie ohne die Unterstützung der Frauenbewegung Schwierigkeiten mit diesem Haus haben wird, es wohl alleine auch nicht schafft und mit der Gratis-Mitarbeit engagierter Frauen rechnet, ist vorerst einmal beschlossen worden, einer Frau aus der Frauenbewegung die Geschäftsführung zu übertragen. Inwieweit dies ausreicht, um bei der Art, wie das Haus geführt wird, mitreden zu können, wird sich weisen. (Spätestens seit der Arena wissen wir, wie's die Gemeinde macht.) Vorerst klingt das SP-Konzept recht liberal, d. h. in erster Linie, daß die Selbstverwaltung gewährleistet werden soll. Festzuhalten scheint man allerdings am Kleinfamilienkonzept - vorgesehen sind etwa 10 Räume für 20 Frauen mit ihren Kindern: jeweils ein bis zwei Frauen sollen mit ihren Kindern ein Zimmer bewohnen. Notwendig wäre eine viel flexiblere Raumeinteilung, um den unterschiedlichen und sich auch im Zuge ihres Aufenthalts ändernden Bedürfnissen der Frauen gerecht werden zu können. Die Möglichkeit einer getrennten Unterbringung von Müttern und Kindern muß unbedingt geschaffen werden.

Sozialarbeiterinnen, die die bürokratische Arbeitsweise der Magistrate kennen, sind skeptisch. Die Frauen aus der Frauenbewegung werden abwarten, sich aber, wenn nötig, mit solidarischer Kritik nicht zurückhalten. Bei aller Wertschätzung für die SP-Frauen, die sicher innerhalb der Partei einen harten Kampf auszufechten hatten, um dieses Projekt durchzubringen, - eine wirklich gemeinsame Lösung, die der Bedeutung der autonomen Frauenbewegung - gerade in dieser Frage - gerecht wird, wäre uns lieber gewesen.

Erika Fischer ■



Und in Österreich?

Nachdem die ÖVP-Gemeinderätin Marlies Fleming am 24. Oktober des Vorjahres einen Antrag für ein Heim zum Schutz für Frauen und Kinder in den Gemeinderat einbrachte, gingen die SP-Frauen Dohnal und Leirer in die Offensive. Und hatten, wohl auch in Anbetracht der kommenden Kommunalwahlen, Erfolg. Am 11. April wurde der Trägerverein gegründet, ein Haus im 2. Bezirk ist in Aussicht, Budgetzusagen der Stadträte Stacher und Mayr haben sie in der Tasche.

Wie konnte es dazu kommen, daß ein solches Frauenhaus in Wien der Frauen-

...der Mohr kann gehen...

Bei ihrer Rückkehr war die Gruppe, die sich für die Schaffung eines Frauenhauses einsetzen wollte, auf sieben Frauen angewachsen - und ihr Konzept befand sich in Händen von Frau Dohnal, die mittlerweile den genannten Verein propioniert hatte. Noch immer gingen sie von der Annahme aus, daß sie im Haus aktiv mitarbeiten und im Vorstand vertreten sein würden. Mitte April gaben Dohnal und Leirer eine Pressekonferenz, bei der die Studentinnen die Verlesung ihres eigenen Konzeptes miterleben durften. Kurz darauf wurde ihnen von Dohnal und Leirer explizit mitgeteilt, daß sie nicht Mitglieder des Vereins sein würden und ihre Anwesenheit im Haus, wenn überhaupt, auf idealistischer Basis, d. h. ehrenamtlich in ihrer Freizeit stattfinden würde. (Dohnal in der Wochenpresse vom 10.5.: *"Wir brauchen Mitarbeiter noch und noch. Weder Mitarbeiter noch Hilfe ist parteiabhängig."*)

Resumee der sieben Frauen: *"Wir wer-*



„Durchboxen, Genossinnen!“

Die delegierten Genossinnen lasen während der zwei Tage, die die Bundesfrauenkonferenz lief, kaum in bürgerlichen Frauenmagazinen. „Die Frau“, Zeitschrift der SP-Frauenorganisation, kam den einschlägigen Bedürfnissen ausreichend entgegen. Schön übersichtlich gegliedert, mit nützlichen Ratschlägen für die Frau versehen, bietet sich das Magazin der geneigten Genossin dar: Tier- und Pflanzenecke, Kleiderschnittmuster, Wirtschaft und (Partei-)Politik „für die Frau“ runden das Frauenbild ab, das sich die Partei und ihre Frauenorganisation von der Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft machen.

Selbstverständlich: Die führenden Genossinnen wissen um die Bedeutung ihrer Genossinnen, die gemeinsam mit den Genossen kämpfen wollen - ein Gedanke, der so abstrakt seine Berechtigung hat. Die Rolle allerdings, die die SP-Frauen ihren Genossinnen zuweisen, unterscheidet sich recht wenig von konservativen Vorstellungen: Die Mithilfe ist insbesondere erwünscht bei diversen organisatorischen Büroarbeiten, bei der Kolportage der Hausillustrierten „Die Frau“, bei der Alten- und Krankenpflege und bei diversen Kleinarbeiten auf der untersten Parteiebene.

Dafür wissen auch die Spitzengenossen ihren Mitstreiterinnen Dank: Kreisky, Benya, Czettel und Marsch hielten bewegte Einführungsreferate, wobei beispielsweise Kollege Benya wohlweislich darauf verzichtete, sein spezifisches Konzept der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuwärmen („Zuerst die Gastarbeiter und die Frauen nach Hause schicken, so sollten wir durchkommen“, in diesem Sinne hatte sich Kollege Benya bei anderen Gelegenheiten geäußert.).

Freilich - nach dem tief empfundenen Genuß, den strahlenden ÖGB-Chor zur

Eröffnung gehört zu haben und nach den eigenen Worten des Dankes empfinden sich die Spitzengenossen wieder still und leise. Lediglich Justizminister Broda verblieb etwas länger. Schließlich drehte sich ein wesentlicher Teil der SP-Bundesfrauenkonferenz um die Familienrechtsreform, in der zahlreiche Delegierte dem Minister den mangelnden Schutz der Familie vorzuwerfen hatten - ein zumindest fragwürdiger Vorwurf, der in nur leicht modifizierter Form dem Justizministerium von konservativer Seite her gemacht wird.

Ein typisches Beispiel für die Haltung der SP-Delegierten mag vielleicht auch die Diskussion um den 6-Stunden-Tag sein: Es war dies einer der wenigen Anträge, der erst nach längerer Diskussion die Konferenz passierte, und mit immerhin mehr als 50 Gegenstimmen aus dem Kreis der etwa 300 Delegierten. Von den Gegnern wurde insbesondere kritisiert, daß dieses Mehr an Freizeit insbesondere von den jugendlichen Arbeitern und Angestellten nicht verkräftet werden könnte und diese dann „nur noch mehr in Discotheken herumhängen“. Dies mußte als Argument dafür herhalten, daß die Frau dann einem noch stärkeren Streß unterläge.

Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Herta Firnberg, wußte da Rat zur Emanzipationsproblematik: Die Frauen müßten sich eben einfach „durchboxen“: individuell, am Arbeitsplatz und zu Hause. Dies sei schließlich ein nachweislich erfolgreiches Emanzipationskonzept. Es gäbe ja sogar Frauen in der Regierung, im Parlament, in den Landtagen. Wenn das kein Beweis ist...

Man könnte Feminist(in) werden, kämpferische(r)...

Unmut wurde kaum laut; geäußert wurde keiner. So wurde denn auch mit Erstaunen registriert, daß gerade die Vorsitzende der SP-Frauen, Herta Firnberg, bei der Neuwahl des Frauenbundeskomitees die meisten Streichungen erhielt, und zwar mit Abstand. Lediglich 270 von etwa 304 SP-Frauendelegierten wollten sie im Präsidium. Es reicht aber - Frau Bundesminister wird auch die nächsten zwei Jahre als SP-Bundesfrauenvorsitzende fungieren dürfen.

Es geht hier nicht darum, gängige Klischees zu unterstützen. Es geht aber sehr wohl darum, sie dort zu bekämpfen, wo sie Wirklichkeit werden.

C.V./R.P. ■



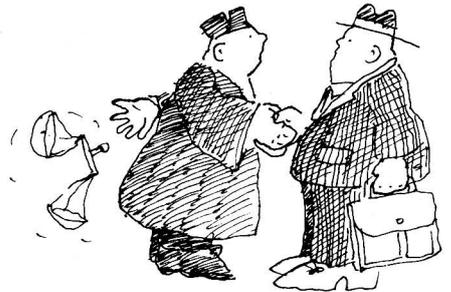


Wiener Verkehrsbetriebe: Da gibt's seit einiger Zeit eine Seniorenaktion der Verkehrsbetriebe. Pensionisten zahlen ermäßigte Autobustarife. Wer die Höhe zehntausender Pensionen kennt und weiß, daß oft der Fahrpreis einen Ausflug in den Wienerwald vereitelt, wird diese Aktion begrüßen. Fast alle privaten Autobuslinien haben sich dieser Aktion angeschlossen - ob aus sozialem Denken, Geschäftsgeist oder auf sanften Druck der Gemeinde, tut nichts zur Sache. Nur auf einer Linie müssen die Pensionisten den vollen Preis bezahlen: für eine Fahrt von Grinzing auf den Kahlenberg. Diese Linie wird von den städtischen Verkehrsbetrieben geführt. Das hat zu Recht einen Herrn Wallner geärgert - ist es doch wunderschön, am Kahlenberg spazieren zu gehen, aber der Aufstieg sehr beschwerlich - und er hat einen Brief an die AZ für die Seite des Bundeskanzlers geschrieben, mit der Bitte um Änderung, versteht sich. Die Antwort Dr. Kreiskys will ich den OL-Lesern nicht vorenthalten: Die Sache fällt nicht in seine Kompetenz, aber er hat den Vorschlag an den zuständigen Stadtrat Nekula herangetragen. Aus dessen Antwort geht hervor, daß diese Strecke eine reine Bergstrecke ist, und daß Bergstrecken im Betrieb sehr teuer kommen. Daher gibt es dort einen höheren Tarif und keine Ermäßigung. Dann folgt eine Aufzählung aller möglichen Verbilligungen für Pensionisten woanders und die Feststellung, daß es dem Bundeskanzler leid tut, keine bessere Benachrichtigung geben zu können. Schade, daß die AZ keine Antworten auf die Antworten druckt. Es wäre interessant zu wissen, wie Herr Wallner und andere Pensionisten auf solch eine Frozzelei reagieren.

nisten auf solch eine Frozzelei reagieren.

Am Polier blieb's hängen: In der Jänner-Nummer von OL berichteten wir über zwei tödliche Arbeitsunfälle bei der "Wiener Baustoff- und Betonsteinwerke Ges.". Innerhalb weniger Wochen wurden zwei Arbeiter von Betonfertigteilen, die aus der Verankerung rissen und umstürzten, während der Montagearbeiten erschlagen. Im Mai fand nun die Gerichtsverhandlung wegen des ersten Unfalls statt. Wegen fahrlässiger Tötung waren der Polier A. und der Bauleiter Ing. P. angeklagt. Wurde schon in der Anklageerhebung ziemlich tief gegriffen, das heißt, die großen Tiere, die tatsächlich für die lebensgefährliche Bauweise verantwortlich sind

wären. Der Polier A. wurde zu einer Geldstrafe von 22.500,- Schilling verurteilt. Jetzt wäre es billig zu fragen, wieviel ein Menschenleben wert ist, aber andere Fragen erheben sich schon: Der Verdacht, daß es sich um einen Konstruktionsfehler handelt, der als solcher erkannt wurde, aber aus Gründen der Gewinnmaximierung nicht behoben wurde, ist nach wie vor sehr dringend. Er wurde in der Verhandlung nicht entkräftet, wenn auch im

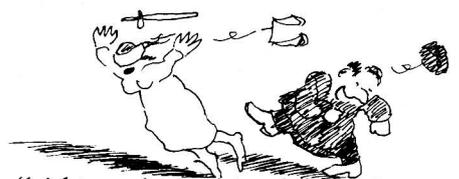


Falle des ersten Unfalls äußere Einwirkungen (schlechte Schalung eines unmittelbar an die einstürzenden Teile grenzenden Liftschachtes) festgestellt wurden, so sprach das Sachverständigengutachten doch davon, daß diese Bauweise

alltägliche

und auch ihren Gewinn daraus ziehen - die Firmenbosse und die Architekten wurden nicht belästigt -, so blieb in der Verhandlung die Schuld am Kleinsten hängen. Der Bauleiter Ing. P. wurde freigesprochen, weil er am Tage des Unfalls nicht auf der Baustelle war. Als ob ein Bauleiter nicht sei-

telbar an die einstürzenden Teile grenzenden Liftschachtes) festgestellt wurden, so sprach das Sachverständigengutachten doch davon, daß diese Bauweise



"nicht geeignet ist, einem stärkeren Druck standzuhalten". Beim zweiten Unfall waren, wie die Voruntersuchungen ergaben, jedenfalls keine äußeren Einwirkungen vorhanden. Es wurde festgestellt, daß so eine Fertigteilwand maximal geeignet sei, sich selbst zu tragen und einen gewissen Seitenwind auszuhalten. Jeder Laie wird begreifen, daß dies eine Frage der Konstruktion ist, an der der verurteilte Polier sicher keinen Anteil hat. Und jeder kann sich auch vorstellen, was es bedeutet, in Gebäuden, die so errichtet werden, zu wohnen oder zu arbeiten. Wenn so ein Haus einmal im Betrieb zusammenstürzt, dann wird man die Schuldigen



ne Anweisungen geben könnte und gibt, als ob diese Anweisungen nicht auch in seiner Abwesenheit einzuhalten

wahrscheinlich in der Portierloge suchen - jedenfalls nicht in der Direktion der Baufirma. Aber darin hat unsere Rechtsprechung ja eine unselige Tradition: Beim Ringtheaterbrand im vorigen Jahrhundert gab es ein Dutzend Angeklagte, und je höher einer im Rang war, desto freier wurde er gesprochen.

Kampf um Verletzte

Kampf um Verletzte: Eigenartige Zustände herrschen in Österreich auf dem Gebiet des Krankentransports. Mitte Mai gab es auf der Bundesstraße 39 bei Hofstetten NÖ einen Verkehrsunfall mit vier Schwerverletzten, darunter ein 12jähriges Kind, das im Spital seinen Verletzungen erlag. Das Rote Kreuz in Hofstetten wurde verständigt und kam mit einem Wagen. Dieser konnte

Schilling. Offensichtlich gibt es Mitarbeiter von Rettungsdiensten, die das Geld über die rasche Hilfeleistung stellen. Dieser skandalöse Zustand müßte schleunigst abgestellt werden. In Wien, wo es früher zu ähnlichen Mißständen kam, bestimmt seit längerer Zeit die Einsatzzentrale der Rettung, welche Gesellschaft auszufahren hat.

Mühlviertler Geschäfte: "Mühlviertler Nachrichten", eine Bezirkszeitung der ÖVP brachte in einer ihrer letzten Ausgaben einen ganzseitigen Artikel über die Ortsgruppe der FPÖ der Marktgemeinde Neugallkirchen. In dieser Gemeinde spielt die FPÖ (fast hätte ich geschrieben "Gott sei Dank", was natürlich falsch wäre, da es ja den dortigen Wählern zu danken ist) so gut wie keine Rolle. Sie war und ist nicht im Gemeinderat vertreten. Dies soll sich

geschichten

nur zwei Opfer mitnehmen. Die Rotkreuzleute forderten einen zweiten Wagen an, aber nicht beim Arbeitersamariterbund, der drei Kilometer entfernt einen Stützpunkt mit freien Krankentransportwagen hat, sondern beim zwölf Kilometer entfernten Rot-Kreuzstützpunkt in Obergrafendorf.

Also lagen zwei Verletzte bei strömendem Regen und eisiger Kälte (es war 20 Uhr) auf der Landstraße - bewacht von der Gendarmarie, die auch erst auf die Idee kam, den nahen ASB-Stützpunkt zu verständigen, als die Zuseher dies forderten. Inzwischen war so viel Zeit vergangen, daß der Wagen aus Obergrafendorf auch schon da war. Jetzt könnte man sagen: na das ist eben eine Schlamperei oder Gedankenlosigkeit gewesen - warum erzählt ihr das so breit? Weil dieser gefährliche Unfug Methode hat! Der Kampf zwischen Rotem Kreuz und Arbeitersamariterbund um die Verletzten ist schon uralt. Dabei geht es um die Transportkosten, die die Krankenkassa bezahlt: 302,40

nun nach dem Willen der FPÖ und offensichtlich auch der ÖVP-Zeitung schleunigst ändern. Dieser Artikel ist ein reiner Werbeartikel, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß sich der neue Ortsgruppenführer der FPÖ profilieren wird und die FPÖ demnächst als vierte Partei in den Gemeinderat einzieht. Ja, und wer jetzt eine verstärkte Bürgerblockpolitik des reaktionären Lagers wittert, der hat nur zum Teil recht. In derselben Nummer der "Mühlviertler Nachrichten" ist ein bezahltes Großinserat der Baumschule Pfeleiderer. Na und? Und der Geschäftsführer dieser Firma und die neue Führungspersonlichkeit der FPÖ in Neugallkirchen ist ein und dieselbe Person. Das ist das Typische an reaktionärer Politik, daß sie sich so ohne Schwierigkeiten mit den jeweiligen Geschäftsinteressen verbinden läßt, ja langfristig und global geradezu mit diesen identisch ist.

Herbert Brunner ■

AUFRUF

AKTION KINOMOBIL FÜR ZIMBABWE

Der Kampf der Völker des südlichen Afrikas gegen Rassismus, Apartheid Kolonialismus konzentriert sich in diesem Jahr vor allem auf Zimbabwe. Das illegale Smith-Regime versucht durch Terrorangriffe auf die Basen und Flüchtlingslager der Befreiungskämpfer in Mosambik und Sambia die Vorherrschaft der weißen Siedler zu retten. Die Organisation Afrikanischer Staaten, die Vereinten Nationen sowie demokratisch gesinnte Menschen und Organisationen in aller Welt haben diese Versuche verurteilt und zur Unterstützung der Patriotischen Front zur Befreiung Zimbabwes aufgerufen. In ihren weitverstreuten Ausbildungs- und Flüchtlingslagern in Mosambik will die Patriotische Front ein mobiles Kino einsetzen, um ihre Schulungsarbeit zu ergänzen und zu verbessern. Fortschrittliche Dokumentar- und Spielfilme sowie Lehrfilme sollen die Flüchtlinge und Befreiungskämpfer informieren, ausbilden und mobilisieren helfen.

Die 'Aktion Kinomobil für Zimbabwe' will bis Sommer 1978 mindestens 500.000,- S aufbringen, um den Kauf eines Kinomobils auf Landrover-Basis incl. Ersatzteilen und einer kleinen 16-mm Filmothek zu ermöglichen.

Wir rufen daher alle demokratischen Filmfreunde und Filmschaffende, alle Journalisten und Mitarbeiter im Fernsehen und Rundfunk sowie Medienarbeiter in Bildungseinrichtungen auf, diese Aktion zu unterstützen und so einen Beitrag praktischer Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe zu leisten.

Die Aktion 'Kinomobil für Zimbabwe' will nicht nur Geld zur Unterstützung des Befreiungskampfes sammeln, sondern auch über die Situation im südlichen Afrika informieren. Zu diesem Zweck steht der Film 'Das letzte Grab in Dimbaza' zur Verfügung. Der Film kann für Informationsveranstaltungen ausgeliehen werden bei:

filmladen
Spittelbergg. 5, 1070 Wien
tel: 93 43 62

Auch Broschüren und Plakate können gekauft werden.
Bitte alle Spenden auf das Konto ZspK. 784 000 267 unter dem Stichwort 'Kinomobil'.

Groß - größer - Mayr

(Stadtrat Mayr ist Wiens "Finanzminister")

Großprojekte - ihre sozial- politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen

Es zeigt sich, daß diese Projekte auf Grund ihrer Kapitalintensität in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation - hohen Inflationsraten - durch enorme Kostensteigerungen gekennzeichnet sind. In Wien bedeutet das, daß bereits 3/4 des mittelfristigen Investitionsrahmens nur für diese Großprojekte aufgeht. Diese Umverlagerung von Mitteln innerhalb des Budgets in Richtung Großprojekte führt dazu, daß andere soziale Aufgaben, wie Bildungs- und Kulturpolitik sozialer Wohnbau, Wasser- und Gasversorgung, Abwasserreinigung, Müllbeseitigung etc., nicht entsprechend erfüllt werden können.

Wir sehen also einerseits Vergeudung öffentlicher Mittel für Großprojekte, andererseits eine öffentliche Armut bei sozialen Dienstleistungen. Im Extremfall führt das dazu, daß eine Volksvertretung mit sogenannten sozialistischen Grundsätzen bereits jahrzehntealte bürgerliche Forderungen nach Reprivatisierung kommunaler Aufgaben zu ihrem eigenen Programm erklärt.

Trotzdem ist die Finanzierung dieser Großprojekte keineswegs ausreichend gesichert, mangels einer realistischen Abschätzung der Kostensteigerungen, die durch die Projekte selbst mitverursacht wurden. Sie bedeuteten ja schließlich in der Phase der Hochkonjunktur eine zusätzliche Nachfrage, was nach dem Marktgesetz: verstärkte Nachfrage führt zu Preiserhöhung, zur Kostenexplosion führte. Außerdem entspricht diese Vorgangsweise, in Zeiten der Hochkonjunktur verstärkt zu investieren, nicht der Aufgabe der öffentlichen Hand, antizyklisch auf das Wirtschaftsgeschehen einzuwirken; antizyklisch bedeutet, bei Hochkonjunktur zurückhaltend, und bei Stagnation belebend auf die Wirtschaft zu wirken.

Die Vorgangsweise der Gemeinde Wien entsprach nicht diesen Anforderungen.

Im Gegenteil, sie trug zur Konjunkturüberhitzung und damit zum beschleunigten und verstärkten Konjunkturrückgang bei, deren auslösendes Moment bekanntlich die Energiekrise war. Durch die Finanzierungsschwierigkeiten traten nun Zeitverzögerungen auf, (z.B.: AKH), die noch zu zusätzlichen Kosten führten und die Fertigstellung der Projekte überhaupt in Frage stellt. Dadurch

können die durch diese Großprojekte angestrebten Ziele nicht erreicht werden. So erscheint es beispielsweise höchst unwahrscheinlich, daß das geplante U-Bahn-Netz jemals fertiggestellt werden kann. Ein halbfertiges U-Bahn-Netz wie jenes in Wien, führt mit den damit verbundenen Auflösungen innerhalb des bestehenden engmaschigeren Straßenbahnnetzes sogar insgesamt zu einer Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln.

Die Bevorzugung von Großprojekten gegenüber dezentralen kleineren Projekten entspricht ansich dem Wesen hierarchisch aufgebauter Bürokratie. Indes ist in Wien diese Bürokratie ihrerseits gar nicht in der Lage, diese Großprojekte organisatorisch zu bewältigen. Daher müssen parallel zur bürokratischen Gemeindeverwaltung neue Organisationsformen zur Bewältigung dieser Probleme geschaffen werden, z. B. die Projektorganisation Donaublich, wo alleine die zur Beratung der politischen Organe geschaffene Jury die Gemeinde Wien und letztlich uns alle 50 Mill. Schilling kostet. Auch für das allgemeine Krankenhaus besteht ein von der bürokratischen Verwaltung abgehobenes Management, das die Koordination und Organisation der Planung durchführt, sowie die einzelnen Magistratsabteilungen untereinander abstimmt.

Darüber hinaus können, wie sich in Wien gezeigt hat, Großprojekte zu beträchtlichen Verschiebungen der Wirtschaftsstruktur führen. Da diese Großprojekte sehr eng mit den Interessen von Großkonzernen (Siemens richtet das AKH ein) und anderen Großunternehmen verflochten sind, kommt es vor allem in der Bauwirtschaft zu einer Umstrukturierung der Betriebsgrößen. Nur Großunternehmen mit hochqualifiziertem Maschinenpark bleiben bei der Auftragsvergabe im Rennen. Klein- und Mittelbetriebe, die im Gegensatz zu den kapitalintensiven Großbetrieben, eher als arbeitsintensiv gelten, werden ruiniert. Das schlägt sich direkt in einer vor allem in letzter Zeit steigenden Arbeitslosenzahl in der Baubranche nieder, was wiederum schon zur fast fatalen Folge hat, daß der Druck der Großunternehmer in bezug auf die Planung weiterer Großprojekte steigt. Als stärkstes Druckmittel dient zweifellos das Argument der Arbeitsplatzsicherung.

Großprojekte: Technisierung kontra Humanisierung der Stadt

Daß Großprojekte auch unmittelbare, direkte Konsequenzen für jeden einzelnen spürbar machen, liegt auf der Hand. Transparenz, Kontrolle und Mitbestimmung durch die Bevölkerung schließen Großprojekte schon allein durch ihren komplex formulierten und von technokratischem Fachwissen geprägten Arbeitsablauf aus. Großprojekte tragen dadurch nicht zu einer humanen, bevölkerungsnahen Gestaltung des Lebensraumes bei; ganz im Gegenteil, sie fördern die Gegensätze zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen und führen daher an den Interessen der Bevölkerung vorbei. Bestehende, dezentral gewachsene kommunale Institutionen werden durch zentrale, inhumane und entfremdete soziale Einrichtungen ersetzt. So kommt es zum Prestige-Bau des AKH ("modernstes medizinisches Zentrum der Welt") und zur Demontage der dezentralen Spitalspavillons. So kam es zur Demontage der freiwilligen Fürsorgeräte. So kommt es zur Demontage des weitverzweigten öffentlichen

Verkehrsnetzes und einem zweifelhaften Ersatz durch ein U-Bahn-Netz. So kommt es zu einer Zentralisation der Erholungsflächen im Bereich der Donau, anstatt zu einer größeren Streuung der Naherholungsgebiete.

Es geht auch anders

Eines ist klar: die Probleme liegen in allen europäischen Großstädten ähnlich gelagert: Verkehrsmisere, Verschlechterung der Lebensqualität vor allem in den inneren, dicht bebauten Bezirken, Isolation, Vereinsamung vor allem der sozialen Randgruppen (Behinderte, Pensionisten etc.) usw. Daß diese Probleme auch anders zu bewältigen sind als bei uns in Wien, zeigt uns das Beispiel der Stadtverwaltung von Bologna in Italien: *Bürgermeister Zangheri*: "Um positive Ergebnisse in der Stadtverwaltung zu erzielen, müssen wir jede rein administrative Entscheidung vermeiden". *Planungsstadtrat Collombari*: "Wir wollen durch die Anwendung der demokratischen Mitbeteiligung die Sozialisation

der Macht erreichen."

Gesundheitsassessor Loperfido: "Benützt die Klinik in eurem Quartier und beteiligt Euch an ihrer Verwaltung."

Das höchste Prinzip der Bologneser Gesundheitspolitik lautet: "non-delega della salute" was bedeutet: "Delegiere nicht deine Gesundheit (an irgendwelche Instanzen)". Daß dieses Prinzip im krassen Gegensatz zur Wiener Gesundheitspolitik steht, mit dem Bau des superzentralen Krankenhauses AKH, liegt auf der Hand.

Dezentralisierung, Verantwortung und Bewußtsein an der Basis, Mitbestimmung, ja sogar Selbstverwaltung sind nicht nur Schlagworte in diesem "roten Bologna", das seit 1945 mit kommunistischer Mehrheit regiert wird.

Aber auch aus ihren eigenen Reihen schlägt der Wiener SPÖ in letzter Zeit immer mehr Kritik entgegen. Egon Matzner, Chefideologe der Sozialisten, fordert in seinem durchaus lesenswerten, wenngleich vielleicht doch zu optimistischen und durch idealistische Leitbilder geprägten, neuen Buch *Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise - Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg*, (ro-ro-ro-Taschenbuch) eine Neuorientierung der Kommunalpolitik.

Soziales Leben soll rekonstruiert werden, die gesellschaftlichen Voraussetzungen sind zu schaffen, daß die Menschen zu sich selbst finden können, weniger bürokratische Betreuung und Bevormundung, mehr Selbstorganisation, Selbsttätigwerden usw. Und dort wo das nicht von selbst kommt, soll das von der Gemeinde gefördert werden.

In der Theorie nimmt sich das gut aus, ob in der Praxis eine solche die Staatsstruktur und den Staatsaufbau in Richtung Dezentralisierung der Macht verändernde Politik zu realisieren ist, bleibt offen. Besonders fraglich erscheint es, ob politische Dezentralisierung im Interesse der derzeitigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Staat gelegen ist.

Wesentlich erscheint die Änderung der Entscheidungsverhältnisse. Es ist müßig darauf zu warten, daß diese von oben "verordnet" werden. Veränderungen können nur durch organisierten, massiven politischen Druck der fortschrittlichen Kräfte erreicht werden.

Hannes Hauser ■



Allgemeines Krankenhaus: Am Mayrsten?

Am Beispiel Planquadrat

“Planquadrat zeigt das Abenteuer eines Stückchen Stadt, das sich zur Wehr setzt gegen Verplanung und Verfall. Planquadrat erzählt, wie Bürger, Verwalter, Stadtplaner und Politiker unterstützt durch das Medium Fernsehen, umdenken lernen: einige überraschend schnell, einige erst nach massivem Druck. Der Schauplatz dieser Geschichte im Spannungsfeld zwischen Alt und Neu, Hoffnung und Enttäuschung, Dynamik und Apathie ist Wien.“ (Veitl, Guggenberg, Pirker: Planquadrat; Paul Zsolnay Verlag Wien 1977)

Die Ausgangslage:

- Das Planquadrat: Ein Häusergeviert im 4. Bezirk mit mehr als 500 Bewohnern (umgeben von Margaretenstraße – Preßgasse – Mühlgasse – Schikanedergasse). Der Innenhof in in seiner Gesamtheit (8.770 qm) ist durch Mauern und Zäune in 34 kleine Hofflächen zerstückelt und ist nicht zu durchqueren. Neben einem trostlosen betonierte Gemeindepark, der täglich von weniger als 100 Besuchern aufgesucht wird, werden die anderen Hinterhöfe zum Abstellen von Gerümpel, Müll und Autos verwendet.
- Aufgrund des Bauzustandes von einigen Häusern und der Planungsmaßnahmen der Stadtverwaltung, müssen 140 Personen rechnen, umgesiedelt zu werden. Der Flächenwidmungsplan sieht den Abbruch vor. Deshalb können zur Sanierung der Wohnungen oder zu größeren baulichen Veränderungen keine Förderungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Die Abwanderung infolge der Abbruchbedrohung und die Besiedlung der Wohnbauten zerstörten mehr und mehr das Zusammengehörigkeitsgefühl der alteingesessenen Bewohnerschaft.

- 60 % der Wohnungen bestehen aus nur 25 – 35 qm Wohnfläche, bei fast 40 % befinden sich Wasser und WC oder zumindest eines von beiden auf dem Flur.
- Der große Anteil von Substandardwohnungen verhindert den Zuzug von jüngeren Bewohnerschichten und fördert eine kontinuierliche Abwanderung. Der Anteil der Kinder unter 15 beträgt nur 12 %, ein Drittel der Bewohner ist über 60.
- Es gibt zahlreiche Einzelhaushalte. Die Einsamkeit und Betreuungsbedürftigkeit der alten Menschen ist groß.

Begonnen hat alles mit der Gartenhofidee, durch Öffnung und Ausgestaltung von Innenhöfen einen wesentlichen Beitrag zur Stadtgestaltung zu leisten. Die städtebaulichen Sünden der Gründerzeit sollten dadurch teilweise entschärft werden. So hervorragend im Grund diese Idee ist, so halbherzig und unvollkommen ging man an ihre Verwirklichung heran. Wie schon die Zustandsbeschreibung des Planquadrats zeigt, sind für die Bewohner neben der Gartenhofidee Fragen der Wohnungsverbesserung, der Verhinderung der Hausabbrüche, der Abänderung der Flächenwidmungspläne, der Verbesserung der Kommunikationsstrukturen ebenso wichtig und nur eine kombinierte Behandlung aller dieser Probleme erscheint zielführend.

Das Kompetenzenwirrwarr in der Stadtverwaltung, die fehlende Bereitschaft wichtiger Gemeindeinstanzen die Partizipation von Planungsbetroffenen zu akzeptieren oder gar zu fördern, der kapitalistische Grundstücksmarkt, parteipolitische Engstirnigkeiten etc. verhinderten dies bis jetzt. Das Buch beschreibt sehr konkret alle diese Barrieren am Beispiel des Planquadrats, dessen Aktivitäten – dank der durch ein ORF-Team geschaffenen Öffentlichkeit – nun schon vier Jahre andauern, tatsächlich aber zu so wenigen Ergebnissen führten, daß damit nicht einmal die Gemeinde protzen will.

Bisherige Ergebnisse: Einige Mauern wurden niedergedrückt, Errichtung eines kleinen Spielplatzes in Eigeninitiative, der von den Bewohnern gepflegt wird, Konstituierung eines Gartenhofvereins, der zumindest die rechtliche Basis für die Selbstverwaltung des noch zu schaffenden Parks ist. Es besteht weiters noch ein Funken Hoffnung, daß die Gemeinde die in den Sechzigerjahren für abbruchreif erklärten Häuser vielleicht doch saniert und nicht abreißt. Trotz aller vorhin aufgezählten Schwierigkeiten und geringen effektiven Ergebnissen, glauben dennoch viele Planquadratbewohner, daß sich Wertvolles getan hat: Im Verlauf heftiger Diskussionen kamen zunächst scharfe Gegensätze zwischen Alt und Jung, zwischen kinderreichen und kinderlosen Familien, zwischen Bewohnern in verschiedenen Häusern, zwischen Progressiven und eher konservativ eingestellten Leuten etc. auf. Manchmal war das Planquadrat nahe daran, an solchen Uneinigkeiten der Bewohner zu scheitern. Schließlich entwickelte sich aus all dem eine Kommunikationsstruktur, die bei den meisten zu mehr Offenheit, Engagement, Selbstbewußtsein und Toleranz führte.

Ein Beispiel dazu: Mit dem ‘Planquadratspiel’ sollten die Bewohner auf einer Spielfläche, die maßstabsgetreu die Grundrisse der Planquadrathäuser und der Innenhöfe stellte, mit Spielmarken, die die vielfältigen denkmöglichen Tätigkeiten und Gegenstände eines Innenhofs abbildeten, ihre Planungswünsche äußern. Bezeichnend dabei war, daß lautstarke Tätigkeiten, wie Fußballspielen oder Radiohören, vorzugsweise in jene Planquadrategiecken verlegt wurden, die von den Wohnungen der jeweiligen Spieler am weitesten entfernt waren. In anschließenden Diskussionen wurde



reiche kommunaler Politik. Die derzeit mit einiger Mühe gebastelte "Aufwertung" der Bezirksvertretungen mutet wie ein Werk des Miniaturkunsthändewerks an, angesichts der zu fordernden Größe der Reform.

Eine wichtige Erkenntnis liegt in der Funktion von Initiativgruppen. So, wie die Bevölkerung heute unter normalen Bedingungen in der Passivität gehalten wird, ist der Verweis: "Nun, warum lassen sich die Leute denn das und das gefallen" sehr zynisch.

Eine unorganisierte Bewohnerschaft ist zur Mitbestimmung einfach nicht in der Lage. Es bedarf der bewußten Initiative. So mußte auch im Planquadrat festgestellt werden, wie etwa schon lange vor und unabhängig vom Projekt einzelne Bewohnergruppen in Gemeindebauten Anregungen an die Hausverwaltungen herantrugen - natürlich ohne Echo. Erst im Zuge des vorbereiteten Projektes konnten auch diese latent vorhandenen Hausaktivitäten wieder artikuliert werden. Nur zufälligerweise kann sich solche Initiative aus den Reihen der Betroffenen selbst entwickeln - nur dann, wenn die akute Bedrohung sehr drastisch ist. In der Regel muß man davon ausgehen, daß eine Gruppe außerhalb entsteht und die Betroffenen zu organisieren suchen muß.

Mitbestimmungsaktionen, die solche externe Initiatoren beinhalten, werden gern in Mißkredit gebracht. Da heißt es, es fehle wohl am eigenständigen Antrieb; da wolle wohl jemand sein eigenes Süppchen kochen; da würden anständige Leute für böse Absichten mißbraucht und dergleichen mehr. Wieder bösartiger Zynismus angesichts der Unterdrückung jeglicher Äußerung aus der Bevölkerungsbasis.

Planung in Stadterneuerungsgebieten heißt Planung in bereits "besetzten" Gebieten - von Menschen besetzten Gebieten. Die Kommunikation mit diesen Menschen ist hier kein demokratischer Luxus mehr, sondern unumgänglich. Ein gestörtes Verhältnis zwischen Bevölkerung und Verwaltung verleitet die Verwaltung dazu, sich aus Stadterneuerungsprojekten zurückzuziehen, und drängt die Bevölkerung, zu resignieren, d. h. ebenfalls nichts zu tun. Aufrufe zur Entfaltung der Privatinitiative sind dann wohl nicht mehr sehr vielversprechend.

H. St. ■

vielen klar, wie sehr sie dazu neigten, nur ihre eigenen Interessen zu fördern, vor allem durch Verbote, statt sich um echte Lösungen im Sinne der Wohngemeinschaft zu bemühen. Das "Planquadratenspiel" war nur eine von vielen anregenden, informationsschaffenden, phantasievollen und nichtbevormundenden oder holzhammerartig wirkenden Initiativen von Außenstehenden (ORF-Team, Architekten, Studenten), die damit als eine Art Katalysator die vorherrschenden resignativen, passiven und wenig solidarischen Einstellungen von Bewohnern in Frage zu stellen. Kindern wurden Videokameras gegeben, um Bewohner auf ihre Verbesserungswünsche hin zu befragen. Bei der Aktion Diagonal sollten Kinder quer durch das Planquadrat eine dicke weiße Linie ziehen, über alles hinweg, was sich ihnen in den Weg stellte: Mauern, Zäune, Betonwege, Autoabstellplätze... Mit Gegenständen aus Wohnungen eines zum Abbruch bestimmten Hauses wurde eine Ausstellung organisiert, die überraschende Funde zutage brachte. Mit dieser Aktion konnte sinnlich vermittelt werden, daß beim Abbruch eines Hauses weit mehr zerstört wird als nur Mauerwerk und Fassaden. Die in diesem Buch beschriebene Geschichte des Planquadrats ist nicht zuletzt deshalb studierenswert, weil es aufzeigt, wo die Reformen anzusetzen haben. Dazu Gedanken aus einem Aufsatz von Kainrath über das Planquadrat.

Das Planquadrat besteht nur aus einem Häuserblock. Aber allein für die Planungsphase waren außer dem beauftragten Projektteam der Gemeinde (bestehend aus Architekten, Soziologen, Studenten und Sozialarbeitern) in der Zeit von Frühjahr 1974 bis Frühjahr 76 rund 40 Beamte aus 25 Dienststellen, die sechs verschiedenen Geschäftsgruppen zugeordnet waren, mit einem Aufwand von etwa 17 "Mannmonaten" am Projekt beschäftigt. Trifft eine solcherart geteilte und zentralisierte Verwaltung auf die Gesamtheit der Stadterneuerungsprobleme eines einzelnen Häuserblocks, so ist das, als wollte jemand mit dem Maschinenpark einer Autobahnbaustelle ein schmales Gartenwegel herstellen: die Kolosse stehen einander im Wege! Anstatt daß 25 Dienststellen in jedem einzelnen Häuserblock einander auf die Füße treten, um eifersüchtig ihren Einflußbereich zu wahren, muß eine kleine Gruppe mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet werden, deren Grenzen nicht sachlich, sondern räumlich definiert werden. So erwächst aus den Erfahrungen mit dem Planquadrat einmal mehr die Erkenntnis, wie dringend ein neues Verhältnis zwischen Zentralverwaltung und dezentraler Bezirksverwaltung erforderlich wäre. Denn was für die Erneuerung eines Häuserblocks gilt, gilt auch für die Verkehrsorganisation, die Grünraumversorgung, die bevölkerungsnah soziale Infrastruktur, kurz: für viele Be-

Land der Berge

Die schlechte Einkommenslage der Bergbauern ist für andere ein gutes Geschäft, wirtschaftlich und politisch gesehen. Mit ihr kann man Preiserhöhungen durchsetzen, die nicht ihnen, sondern den produktionsstarken Bauern nutzen. Mit ihnen kann man gegen die Milchkontingentierung auftreten, die nicht sie einschränkt, sondern die großen Milchproduzenten, mit ihnen kann man für den Milchkrisengroschen sein, mit dem sie für die Überschüsse anderer zahlen. Mit ihrer Kultur- und Erholungslandschaftserhaltung, wie fragwürdig diese auch immer sein mag, kann man in der Öffentlichkeit ein landwirtschaftsfreundliches Image erzeugen, mit dem davon abgelenkt wird, daß die intensive Landbewirtschaftung unsere Umwelt und unsere Nahrungsmittel nicht pflegt, sondern schädigt und verschlechtert.

Wenn die Bergbauern eine Prämie für die Landschaftspflege erhalten, dann können doch auch die Getreidebauern des Marchfeldes einen Zuschlag auf den Preis als Abgeltung für ihre Landschaftspflege fordern, vielleicht, um damit ihren chemischen Krieg gegen Insekten, Unkräuter und Pilze besser finanzieren zu können.

So spannt gemäß einer langen Tradition jeder die Armut der Bergbauern vor seinen Wagen: auch die Molkereien, die ihnen nahelegen, ihre Milchlieferung zu steigern, auch die sogenannte Landwirtschaftsförderung, die ihnen einen neuen Stall zinsgünstig vermittelt und auch die Maschinenindustrie, die immer neue und teurere Maschinen anpreist. Und nicht zuletzt die Touristikindustrie, die sie als Arbeitskraft im Gastgewerbe und an den Schiliften billig einkauft und sie als alpenländisches Klischee teuer verkauft.

Der ökonomische Wettlauf der modernen Landwirtschaft bringt dem Bergbauern nichts

Seit Jahrzehnten hören wir das Klage lied der agrarischen Interessensvertreter, daß es der Landwirtschaft schlecht gehe. Dies entspricht aus zwei Gründen nicht der Realität:

- a. Die Produktionsvoraussetzungen und der Boden sind in Österreich extrem ungleich verteilt.

Die ungleiche Verteilung der Produktionsvoraussetzungen ist ein natürliches Phänomen. Topographie und Klima bilden ihre Ursachen. Hingegen ist die ungleiche Verteilung des Bodens ein gesellschaftliches Phänomen. Sie resultiert daraus, daß es in Österreich niemals eine grundlegende Bodenreform gegeben hat. 1970 besaß das untere Viertel der Bauern zwei Prozent, das obere Viertel 72 Prozent, die untere Hälfte der Bauern neun Prozent, die obere Hälfte 91 Prozent des land- und forstwirtschaftlichen Bodens in Österreich.

- b. Der Einsatz des agrartechnischen und agrarbiologischen Fortschritts vergrößert die Kluft zwischen armen und reichen Bauern.

Die Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft ist in den landwirtschaftlichen Gunstlagen viel einkommenswirksamer als im Berggebiet. Nur in den Gunstlagen gelingt die Spezialisierung der Betriebe und die Konzentration der Produktion, die gleichzeitig den schwachen Bauern ihre Produktionschancen nimmt.

Der Einsatz des agrartechnischen und -biologischen Fortschritts erfolgt unter dem Druck der Konkurrenz zwischen Industrie und Landwirtschaft um Arbeitskräfte und der Konkurrenz zwischen den einzelnen Bauern um Marktanteile. Da der Markt aber begrenzt ist und seit langem schon überfüllt, findet der Wettkampf der Bauern um Marktanteile bei ständig real sinkenden Agrarpreisen statt. Auf diese Weise findet seit 20 Jahren ein überaus harter Intensivierungswettlauf der Bauern statt. Was den günstig gelegenen Betrieben im Tal

aber Einkommenssteigerungen bringt, führt auf dem Berg häufig nur zu Verschuldung und Mehrarbeit. Die Mechanisierung am Steilhang kostet viel und bringt wenig, die Intensivierung der Produktion wird durch Mehrarbeit erkaufte. Die Realität der Berglandwirtschaft sieht also so aus, daß ihr Einkommensrückstand durch sinkende Preise und durch ihre strukturelle Unterlegenheit im Konkurrenzkampf um Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft ständig größer wird. Was dem einen Gewinne bringt, führt zum Ruin der anderen:

Graphik: *Was dem einen Gewinne bringt, führt zum Ruin der anderen (Entwicklung der Ertragslage im Hochalpengebiet und im nordöstlichen Flach- und Hügelland)*

Das Gerede von der schlechten Lage der Landwirtschaft ist also Ideologie. Es ist nicht die einzige im Bereich der Landwirtschaft.

Mittlerweile ist die öffentliche Wertschätzung der Bauern als Nahrungsmittelproduzenten stark gesunken. Man hat entdeckt, daß sie Wichtigeres tun: sie erhalten und pflegen die alpenländische Landschaft.

Für wen pflegen die Bergbauern die Landschaft?

Vor ungefähr einem Jahrzehnt wurden die Bergbauern als Pfleger und Erhalter der Landschaft entdeckt. Hinter dieser Entdeckung steckt in erster Linie die Agrarlobby, die eine Marktlücke witterte. Angesichts der wachsenden Aufmerksamkeit der Medien gegenüber den Problemen der sogenannten Umweltverschmutzung wurde die Landwirtschaft als Gegensatz zur Industrie zum Synonym für Natur- und Umweltschonung aufgebaut. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen werden seither in immer stärkerem Maße als Entgiftungszonen für die vergiftete Umwelt hingestellt. Mittlerweile wurde aus dieser Landschaftspflege eine eigene Funktion der gesamten Landwirtschaft gemacht. Im Gegensatz zur Erzeugungsfunktion spricht man in diesem Zusammenhang von der Sozial- oder Dienstleistungsfunktion der Landwirt-

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Zur Geschichte des Wiederaufbaus in Österreich nach 1945

Deutsches Eigentum und die Verstaatlichte

Auf der Potsdamer Konferenz - August 1945 - entschieden die Alliierten, daß jenes deutsche Eigentum, das sich außerhalb Deutschlands befindet, in Osteuropa der Sowjetunion, im Westen den westlichen Alliierten zufallen soll. Für Österreich bedeutete dieser Umstand, daß je nach Zone deutsches Eigentum an die jeweilige Besatzungsmacht fiel.

Unter Berücksichtigung dieser von den Alliierten geschaffenen Realität ist die Frage der Verstaatlichung und deren Gesetzeskraft zu sehen. Die bereits am 5. September 1945 von der prov. Regierung bekanntgegebene Verfügung über die Verstaatlichung ehemals deutscher Unternehmen konnte daher keine praktischen Auswirkungen haben. Es war eine Verfügung ohne Verfügungsgewalt. Nur eine taktische Maßnahme der prov. Regierung (lt. F. Weber) könnte man ihr zu Grunde legen. Vielleicht auch eine Demonstration, die den Alliierten ankündigen sollte, daß man auf österreichischer Seite den Beschluß der Potsdamer Konferenz nicht gewillt ist, hinzunehmen.

Der Wille zur Verstaatlichung manifestierte sich in allen drei Parteien, die auch in der prov. Regierung vertreten waren (ÖVP, Spö, KPÖ). Freilich unter verschiedenen Motivationen.

Der Wahlaufuf der ÖVP vom 4. November 1945 beinhaltete ein eindeutiges Bekenntnis zur "Vergesellschaftlichung" der "für die Gesamtheit notwendigen und lebenswichtigen Betriebe". (1) Warum gerade diese Partei für die Verstaatlichung eintrat erklärt Langer in seinem Buch "Verstaatlichung in Österreich":

"In einem Augenblick, als allgemeiner Mangel herrschte, als die Wirtschaft nicht nur zerrüttet, sondern auch aus



einem größeren Zusammenhang gerissen war, bestand die äußerste Notwendigkeit, sie wieder in Gang zu bringen, wozu nur die öffentliche Hand imstande war. Erstens waren viele Unternehmer geflohen und zweitens war die österreichische Privatwirtschaft wegen des Kapitalmangels vollkommen außerstande, diese Aufgabe zu erfüllen. Der einzige Ausweg war die Verstaatlichung."

(2) Selbst Bundeskanzler Figel sprach sich sogar nach den Wahlen dafür aus "dort, wo die Privatinitiative wirtschafts- und sozialpolitisch versagt", Verstaatlichungen durchzuführen. (3)

Der Sozialist Paul Speiser erklärte in einer vielbeachteten Rede auf dem Parteitag 1946: (daraus ist einmal mehr zu ersehen, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Sozialistischen Partei und ihrer Politik, die Disharmonie von sozi-

aldemokratischen Reden und von sozialdemokratischem Handeln)

"Nur Blinde, oder solche, die absichtlich blind sein wollen, können es nicht sehen, daß die Zeit der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft, die Zeit der Privatwirtschaft wenigstens in Europa vorüber ist. Dieses privatwirtschaftliche, dieses kapitalistische System hat versagt. Das Menschengeschlecht verdankt ihm hundertjähriges Elend, Hunger, Not und Unsicherheit des Lebens. Zum Schluß verdankt ihm das Menschengeschlecht auf der ganzen Erde zwei kriegerische, mordende Weltkatastrophen. Dieses System muß weg! Dieses System ist schon weg im völkerreichen Rußland...dieses System beginnt zu verschwinden im Weltreich England, in dem sich der demokratische Sozialismus anschickt, ein neues Wirtschaftssystem einzurichten...Überall kämpfen Sozialisten für eine neue Welt, für die Welt des Sozialismus." (4)

Diese Aussagen beinhalten jedoch auch die Illusion, daß eine Rekonstruktion des Kapitalismus unmöglich sei und deshalb getrost in die Zukunft geblickt werden kann, als ob es keine Konzerne und Monopole in dieser Zeit auf der Welt gegeben hätte.

Franz Krones argumentierte in diesem Zusammenhang differenzierter: *"Die österreichische Arbeiterschaft weiß... daß die politische Demokratie allein nicht ausreicht, daß sie zu eng ist und erweitert werden muß. Bisher hat ja auch in den berühmtesten politischen Demokratien auf dem Gebiet der kapitalistischen Wirtschaft eine barbarische Diktatur von wenigen Konzern- und Monopolgewaltigen geherrscht. Sie muß gebrochen werden..."* (5)

Die KPÖ zeigte bei der Frage der Verstaatlichung eine eigentümliche, ja erstaunliche Haltung. Sie, die in ihrem programmatischen Leitsätzen unter dem Titel "Die Wiedergeburt Österreichs"

+ information + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitgeso

bereits 1944 beschlossen hat, daß das gesamte nationalsozialistische Eigentum in Österreich vergesellschaftet werden muß, diese Partei schwang sich jetzt zum Fürsprecher privater Unternehmerinitiative auf. Die Sozialistische Partei stieß deshalb bei ihrem Drängen innerhalb der prov. Regierung auf eine baldige Verstaatlichung paradoxerweise auf den Widerstand der KPÖ. Dies läßt sich nur so erklären, daß die KPÖ im Interesse der sowjetischen Besatzungsmacht gehandelt hat, die sich natürlich ihrerseits gegen jede Verstaatlichungstendenz verwahrte, da sie dadurch ihre ökonomischen Interessen in Österreich gefährdet sah. Dieser Umstand ist weiter nicht verwunderlich, bedenkt man, daß bei einer etwaigen Verstaatlichung folgende Betriebe, die unter sowjetischer Verwaltung standen, in Frage kamen: Die *Zistersdorfer Erdölunternehmungen*, die *DDSG*, *Alpine Montan*, *Gebrüder Böhler*, *Krupp*, *Hofherr-Schranz*, die *Wiener Lokomotivfabrik*, *AEG-Union*, *Elin*, *Siemens-Schuckert* und das Kohlenbergwerk *Sirius-Grünbach*.

Allerdings dürfte sich die KPÖ noch vor dem 5. September 1945 (Verfügung über Verstaatlichung) auf ihre programmatischen Leitsätze besonnen haben, da die Beschlüsse der prov. Regierung immer im Konsens der drei Parteien getroffen wurden. Im Wahlauftritt der KPÖ vom 30. Oktober 1945 heißt es auch dann: *"Privateigentum ist und bleibt, was ehrliche Österreicher besitzen. Staatseigentum muß werden, was deutsch und faschistisch war"*. (6)

Am 26. Juli 1946 beschloß der österr. Nationalrat das sogenannte "erste" Verstaatlichungsgesetz. Zirka 70 Unternehmungen waren davon betroffen. Darunter auch die oben erwähnten Betriebe sowie die Banken *CA-BV*, *Länderbank* und das *Österreichische Creditinstitut*.

Die außerordentliche Kompromißbereitschaft der SPÖ in praktisch-politischen Fragen läßt sich an diesem Ersten Verstaatlichungsgesetz besonders nachweisen. Während die SPÖ noch vor den Wahlen in einer Schulungsbroschüre etwa 1.200 Betriebe als verstaatlichungsreif angesehen hat (7), fegte ihre Kompromißbereitschaft gleich 1.130 unter den Tisch.

Das Verstaatlichungsgesetz entfachte erneut die Diskussion unter den Alliierten über die Frage des deutschen Eigentums. Die Sowjets versuchen im Alliierten-Rat ein Viermächteveto gegen das Verstaatlichungsgesetz herbeizuführen, das aber auf Grund des Widerstandes der westlichen Alliierten nicht zustande kam. Die sowjetische Besatzungsmacht verhinderte jedoch die Durchführung des Gesetzes in ihrer Zone. (8) Im Dezember 1946 versuchte die österr. Bundesregierung den versteinerten Standpunkt der sowjetischen Besatzungsmacht aufzubrechen, indem sie ihr Rückkaufvorschläge für den Komplex der Erdölbetriebe sowie für 44 andere als deutsches Eigentum übernommene Betriebe vorgelegt hat. Dieser Vorschlag fand jedoch weder bei den Sowjets noch bei den anderen Alliierten Zustimmung. Den Sowjets ging es besonders um den Zugang zur österreichischen Erdölproduktion, dem Westen mißfielen, natürlich auch aus ökonomischen Gründen, die bilateralen Regelungen zwischen Österreich und den Sowjets.

Das Zweite Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947 erfaßte zusätzlich einen Großteil der Elektrizitätswirtschaft. Die Landesgesellschaften der E-Wirtschaft wurden den Ländern übergeben, die Verbundgesellschaft wurde dem Bund übertragen.

Daß die Verstaatlichung die Rekonstruktion des Kapitalismus in Österreich nicht verhinderte, ist hinreichend bekannt. Die Ursachen dafür liegen einerseits im Versagen der SPÖ-Politik bzw. der Gewerkschaftspolitik und andererseits im Versagen der Kommunistischen Partei, der es nicht gelungen ist, als zweite Kraft der Arbeiterbewegung in Österreich eine revolutionäre Alternative zur Politik der Sozialdemokratie glaubhaft zu vertreten.

"Die Verstaatlichung war auch Resultat der relativen Schwäche der österreichischen Kapitalisten und der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung. Da aber mit diesem Akt keinerlei revolutionäre Zielvorstellungen verknüpft waren, mußten die Form und die Funktion dieser Betriebe rein kapitalistische Züge annehmen. Die in der Rekonstruktionsperiode üblichen Extraprofite von der (in Österreich eben ver-

staatlichen) Grundstoff- und Schwerindustrie, sowie der Stromversorgung konnten auf Grund des immer dominanteren Einflusses des Bürgertums mittels niedriger Rohstoffpreise z.B. bei Kohle und Eisen auf die Privatindustrie übertragen werden... Nachdem sich das österreichische Privatkapital ökonomisch gestärkt hatte, drängte es auch prompt zur Reprivatisierung der wachstumsträchtigen Chemie- und Elektroindustrie und zu "Gesundenschumpungen" der Grundstoffindustrie." (9)

Die Haltung der Gewerkschaft in dieser Phase der österreichischen Wirtschaftsentwicklung wird von Hans Prader treffend beschrieben: *"Die Differenz zwischen radikaler Phase und Praxis der Kompromisse mit dem Koalitionspartner trat wohl am deutlichsten in der Verstaatlichungsfrage hervor, als die Gewerkschaftsführung die Forderungen nach sozialistischer Planwirtschaft und Sozialisierung zwar verbal aufnahmen, aber in der Praxis zugunsten antikommunistischer Manöver und der Rücksicht auf das Bürgertum von zentralen Elementen der betrieblichen Forderungen zurückstanden. Schließlich wurde die Verstaatlichte in der Realität zu einem Bestandteil des staatsinterventionistischen Kapitalismus, der Integration der Gewerkschaftsspitzen via Mitbestimmung von oben und der Entstehung eines Betriebskaiserturns..."* (10)

Zusammenfassend sei noch erwähnt, daß die Verstaatlichung ein wesentliches Bestimmungstück der österreichischen Wirtschaft darstellt, ohne dieser Verstaatlichung wären z. B. die sozialen Fortschritte der Arbeitnehmerschaft undenkbar, sowohl auf der Tarifseite als auch auf Ebene der Mitbestimmung. Das ist die eine Seite, die andere Seite zeigt eben, daß die verstaatlichte Industrie und die "verstaatlichte" Lohn- und Sozialpolitik = Sozialpartnerschaft die Rekonstruktion des österreichischen Kapitalismus sicherte, unter Abwälzung der Kosten und Risiken auf die Arbeitnehmerseite.

- (1) F. Weber, Dissertation, 1977, S 281
- (2) F. Weber, Dissertation, 1977, S 281
- (3) F. Weber, Dissertation, 1977, S 281
- (4) F. Weber, Dissertation, 1977, S 281/282
- (5) F. Weber, Dissertation, 1977, S 282
- (6) F. Weber, Dissertation, 1977, S 282
- (7) F. Weber, Dissertation, 1977, S 282

- (8) G. Stourzh, "Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages, S 39
- (9) "Grundsätze der Politik der FÖJ-Bewegung für Sozialismus"
- (10) Hans Prader, "Die Angst der Gewerkschaft vor'm Klassenkampf", S 23

Marshallplan

Die "freizügige" Wirtschaftshilfe der USA für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ist als Wahrung der nationalen amerikanischen Wirtschaftsinteressen zu begreifen.

Ende der Zwanzigerjahre machte sich eine zunehmende Abhängigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft vom Ausland bemerkbar.

- 1) Das gestiegene Produktionspotential konnte nicht ausreichend mit Rohstoffen versorgt werden.
- 2) Die Güterproduktion überstieg um vieles den tatsächlichen Bedarf des amerikanischen Binnenmarktes.

In der Zwischenkriegszeit sahen sich die amerikanischen Wirtschaftsinteressen entscheidenden Schranken auf dem Weltmarkt gegenüber, sowohl was den Rohstoffimport als auch den Waren- und Kapitalexport betraf. Das britische Empire mit seinem Sterlingblock errichtete im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Handelsbarrieren auf, die vor allem den Interessen der USA widersprachen. Besonders einleuchtend wird dieser Umstand durch die Tatsache, daß der Sterlingblock damals ca. ein Drittel des gesamten Welthandelsvolumens umfaßte.

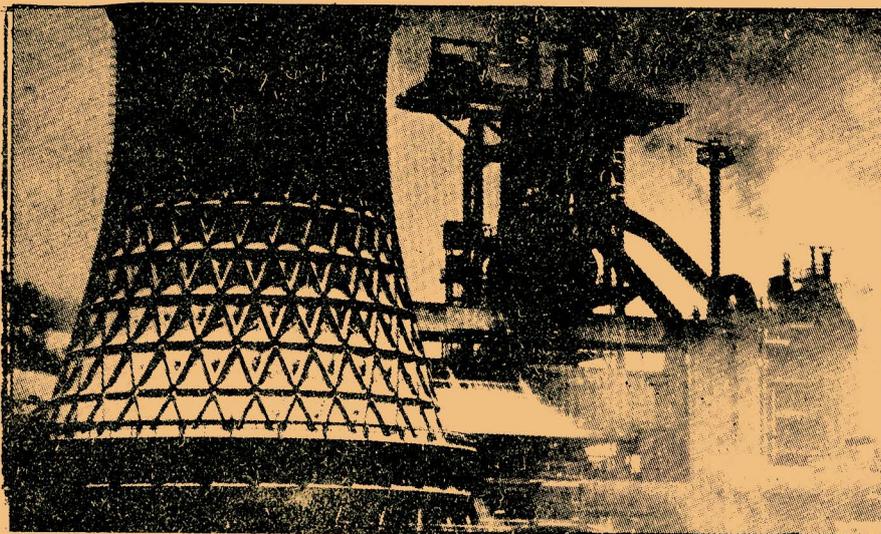
In dieser Krisensituation der amerikanischen Wirtschaft, die sich eben besonders durch die Beschränkung des freien Welthandels und des freien Zugangs zu den Rohstoffquellen geäußert hat, bekommt die Formulierung von Präsident Roosevelt 1935 Gestalt:

"Auslandsmärkte müssen zurückgewonnen werden, wenn die amerikanischen Produzenten eine ausgelastete und dauerhafte Inlandswirtschaft für unser Volk wieder aufrichten wollen. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir schmerzhaft ökonomische Umstrukturierungen, soziale Umschichtungen und Arbeitslosigkeit vermeiden wollen."

Bereits während des Krieges trafen die USA Vorbereitungen zu einer Umgestaltung des Weltkapitalismus, die ihnen nach dem Krieg die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung gewährleisten sollte.

Der Vorschlag seitens der USA zur Gründung der *Internationalen Wiederaufbaubank*, des *Internationalen Währungsfonds* und der *Internationalen Handelsorganisation*, ist unter den oben

"Im Hinblick auf Westeuropa enthielt die Auslandshilfe... einen ganzen Fächer wirtschaftlicher Interessen: unmittelbare Exportchancen, die langfristige Sicherung von Absatzmärkten, die Erhaltung eines für den Welthandel und die Weltwirtschaft ausschlaggebenden Zentrums und schließlich den allgemeinen Wert Europas für die amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschafts-



erwähnten Intentionen zu sehen. Die Internationale Wiederaufbaubank und der Internationale Währungsfond wurden bereits im Juli 1944 gegründet, wobei die USA in diese Institutionen natürlich eine beherrschende Rolle einnahmen.

Nach Ende des zweiten Weltkrieges war Europa für die amerikanische Außenpolitik ein wichtiges und williges Interventionsfeld zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen. Zumal es galt, den sowjetischen Interessen energisch entgegenzutreten und gleichzeitig im Westen die ökonomisch politische Vormachtstellung zu sichern. Hauptaugenmerk lag daher am Wiederaufbau Europas im allgemeinen und Westeuropas im besonderen, um eine "marktwirtschaftliche" Basis zu errichten und zu stabilisieren, die den eigenen Wirtschaftsinteressen volle Geltung verleihen kann.

Die amerikanische Strategie, die im Marshallplan Gestalt annahm, mußte sich daher auf ökonomische Sofortmaßnahmen einerseits und auf politische Lösungen andererseits orientieren.

ordnung. Daran gemessen schlugen die zwei bis drei Prozent des Bruttosozialprodukts, die die USA... für Auslandshilfe... aufzuwenden haben würden, wahrlich kaum zu Buch." (1)

Der Marshallplan wurde allen Ländern Europas angeboten, jedoch lag im Interesse der amerikanischen Politik, daß die Bedingungen an die Teilnahme-Länder derart gestaltet sind, daß sie für die Sowjetunion unannehmbar sind. Am 27. Juni 1947 begann die Vorbereitungskonferenz zum Marshallplan, in deren Verlauf auch prompt die sowjetische Verhandlungsdelegation zur Abreise provoziert wurde.

"Unter dem Druck der UdSSR verließen auch die sechs osteuropäischen Delegationen die Konferenz, so daß bei der Gründung des CEEC (Committee of European Economic Cooperation) nur noch sechzehn westeuropäische Länder vertreten waren. Von diesen Ländern wurde ein Plan ausgearbeitet, der eine US-Wirtschaftshilfe von 29 Mrd. Dollar beinhaltete. Amerika drückte jedoch diesen vorgeschlagenen Betrag auf 19,8 Mrd." (2).

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitg + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + informatio

Marshallplan in Österreich

“Am 30. Juni 1943 wurde im Hauptausschuß des österreichischen Parlaments überfallsartig ein nicht vorgesehener Punkt ‘Marshallhilfe‘ auf die Tagesordnung gesetzt.“ (3) “Ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, das Marshall-Abkommen innerhalb der eigenen Fraktion (SPÖ) durchzubesprechen, ohne irgendwelche schriftlichen Unterlagen wurde bloß auf Grund eines mündlichen Berichtes des Außenministers das Abkommen über die Marshall-Hilfe vom Hauptausschuß zur Kenntnis genommen.“ (4)

“Zwei Tage darauf wurde das ‘Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit‘, in dem Österreich die amerikanischen Bedingungen einer Wirtschaftshilfe akzeptierte, ratifiziert.“ (5)

Der Gewerkschaftsbund und die SPÖ akzeptierten diesen Schritt Österreichs mit der Argumentation, daß der ökonomische Wiederaufbau ohne ausländische Hilfe undurchführbar sei.

“... daß es Österreich ohne diese Hilfe nicht möglich gewesen wäre, die gewaltigen Schwierigkeiten - in die es durch die weltpolitischen Nachkriegssituation geriet - ohne Preisgabe seiner Unabhängigkeit zu meistern. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Marshall-Plan-Hilfe nicht aus altruistischen, sondern aus sehr praktischen Motiven gestartet wurde. Eine wirtschaftlich zerrüttete und verarmte Welt hätte schließlich auch den Wohlstand der Vereinigten Staaten gefährdet.“ (6)

Diese Aussagen von Fritz Klenner zeigen deutlich, daß der Gewerkschaftsbund das Heil der österreichischen Wirtschaft eben nur in der Marshall-Hilfe gesehen hat, bei gleichzeitiger Akzeptierung der politischen Bedingungen, die an diese Hilfe geknüpft waren.

Erreichung eines ausgeglichenen Staatsbudgets, stabile Währung, hohe Profite, um die Investitionstätigkeit anzuregen, niedrige Löhne, um den Massenkonsum zu beschränken,

Kürzung der Ausgaben für soziale Wohlfahrt.

Das waren diese Bedingungen, die die USA mit der Vergabe der Marshallmittel forderten. Vor allem die Einschränkung des Massenkonsums - sprich niedrigere Löhne - war ein wesentlicher Bestandteil der Marshallplan-Politik.

Der ÖGB und die SPÖ leugneten die negativen gesellschaftspolitischen Konsequenzen, d. h. den Verzicht auf eine fundamentale Neuordnung der Wirtschafts- und Besitzverhältnisse und hoben statt dessen nur die positiven materiellen Effekte hervor. Sie trennten wider alle marxistischen Erkenntnisse Ökonomie von Politik.

Karl Waldbrunner am SPÖ-Parteitag 1947: “Wer kann es uns österreichischen Sozialisten...verwehren, daß wir Kredite dort suchen, wo sie gegeben werden, gegeben werden ohne Vorbehalte, gegeben werden, damit die österreichische Wirtschaft nicht in einem völligen Ruin zusammenbricht?“

Grundlage dieser Orientierung war die sozialpartnerschaftliche Politik der Partei- und Gewerkschaftsführung, die zu nichts anderem befähigt war, als zu der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum. Damit war aber ein selbständiger Wiederaufbau auf revolutionären und sozialistischen Grundlagen verunmöglicht.

“Wir brauchen nicht nur die amerikanische Hilfe, sondern wir brauchen auch die Koalition mit der ÖVP, denn nur wenn wir mit der großen bürgerlichen Partei koalitiert sind, bekommen wir diese Hilfe und haben wir die Aussicht auf den Staatsvertrag, auf Ende der Besetzung durch die vier Großmächte.“ (7)

Es erscheint heute fast grotesk, daß gerade Gewerkschaft und Sozialistische Partei den Marshallplan derart glorifizierten, so daß die amerikanische Wirtschaftshilfe im sozialistischen Sinne ideologisiert wurde. Das hörte sich dann so an: “Der Marshall-Plan ist in Wirklichkeit das Eingeständnis, daß der europäische Wiederaufbau mit den alten kapitalistischen Methoden nicht durchzuführen ist, er ist ein Bekenntnis, daß die europäische Zukunft nur noch mit den Mitteln der Planwirtschaft gesichert werden kann. Planwirtschaft ist aber ein wesentliches Prinzip der sozialistischen Gedankenwelt.“ (8)

Der oberösterreichische Parteivorsitzen-

de Koref ging am Parteitag 1947 noch weiter: *Rettung der abendländischen Kultur* war sein Prädikat für den Marshallplan, *Aufrichtung einer weltwirtschaftlichen Planung, systematische Umwandlung der kapitalistischen Weltwirtschaft in eine sozialistische Weltwirtschaft*, das waren seine überschwenglichen, illusionären Folgerungen.

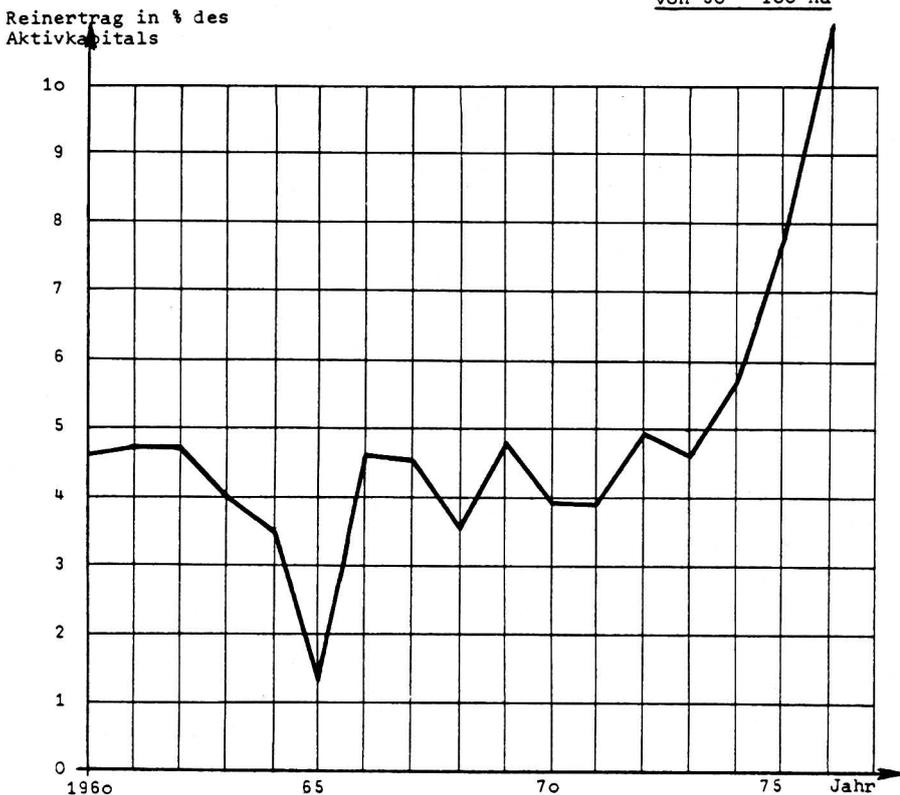
Höhepunkt sozialistischer Finschätzung bezüglich des Marshallplanes waren allerdings jene Auffassungen von “...sozialistischen Wirtschaftspolitikern, wie Alfred Migsch, die an der antikapitalistischen Stimmung breiter Teile der Arbeiterklasse anknüpfen und in das ERP, das selbst nie vorgab, mehr zu sein als eine Strategie zur Rettung des internationalen kapitalistischen Systems und der Ausrottung des Klassenkampfes, eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik hineininterpretierte. Dazu war es allerdings nötig, gleich auch noch die USA selbst zum sozialistischen Land zu erklären und das frühere austromarxistische Gesellschaftsbild populistisch umzuwälzen. Wenn US-Vertreter die Bezeichnung ihrer Gesellschaft als sozialistischer entrüstet zurückwiesen, wurde einfach erklärt, die Amerikaner seien sich ihrer sozialistischen Politik eben nur nicht bewußt und müßten ihre Praxis nur noch sozialistisch nennen.“ (9)

Mit der Annahme des Marshallplanes und dessen Bedingungen konnte die Westintegration Österreichs nahtlos im Interesse der amerikanischen Wirtschaftspolitik vollzogen werden. Bedingungen zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurden durch die Politik der Sozialpartnerschaft, betrieben von ÖGB und SPÖ, verschüttet und konnten bis heute auch ansatzweise nicht hervortreten.

Fritz Zaun

- (1) F. Weber, Dissertation 1977, S 357
- (2) F. Weber, Dissertation 1977, S 359
- (3) F. Weber, Dissertation 1977, S 415
- (4) Erwin Scharf “Ich darf nicht schweigen“ S 83
- (5) Erwin Scharf “Ich darf nicht schweigen“ S 65
- (6) Fritz Klenner II Band, “Die österreichischen Gewerkschaften“, S 1549
- (7) Hans Prader, “Die Angst der Gewerkschaft vor’m Klassenkampf“, S 61
- (8) F. Weber, Dissertation 1977, S 422
- (9) Hans Prader, S 59

Abbildung 1 : Entwicklung der Ertragslage von Ackerwirtschaften des Nordöstlichen Flach- und Hügellandes mit einer Betriebsgröße von 50 - 100 ha



Quelle: LBG, Buchführungsergebnisse, diverse Jahrgänge

schaft. Der Inhalt dieser Funktion wird mit dem Schlagwort: Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft zusammengefaßt.

Da diese Leistung der Landwirtschaft nicht über den Preis der produzierten und verkauften Nahrungsmittel abgegolten wird, dient der Hinweis auf die Sozialfunktion der Landwirtschaft zunächst dazu, eine Erhöhung der politischen Förderung und Suventionierung der Landwirtschaft durchzusetzen. Der positive Beitrag der Berglandwirtschaft zur Umweltsituation beruht angeblich darauf, daß

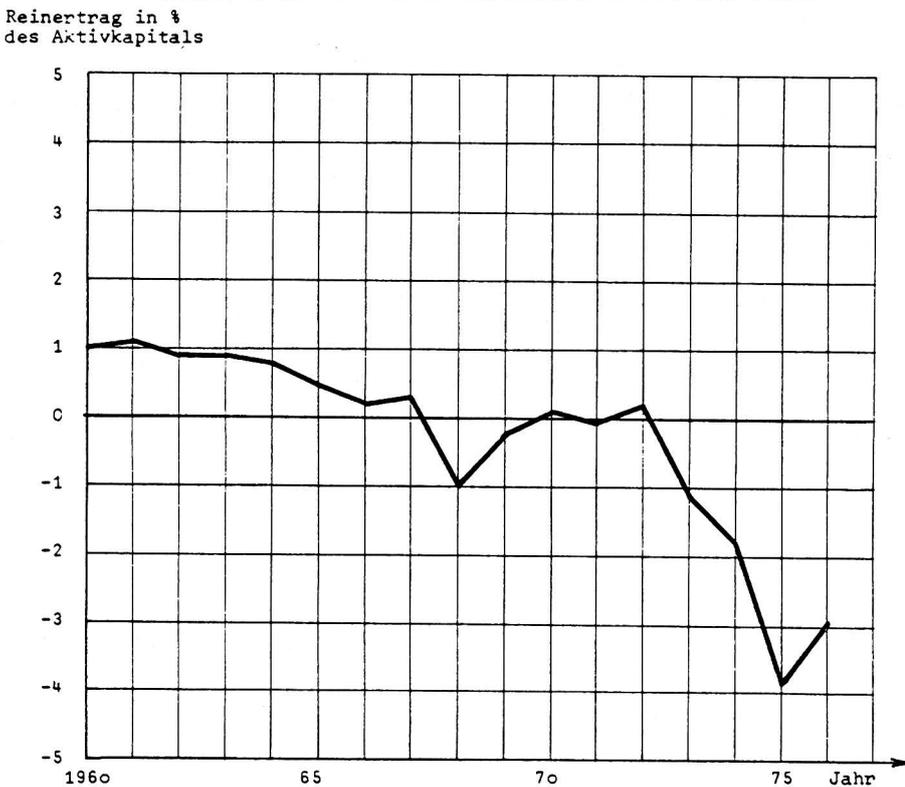
1. die Landbewirtschaftung im Gebirge biologischer Umweltschutz ist, d. h. daß durch die Aufgabe der Bewirtschaftung negative ökologische Auswirkungen zu erwarten sind.
2. die Landbewirtschaftung im Gebirge ein offenes Landschaftsbild erhält, welches Voraussetzung für die optimale Eignung der Alpen für Erholungszwecke ist, d. h. daß durch die Aufgabe der Bewirtschaftung negative Auswirkungen auf den Fremdenverkehr zu erwarten sind.

In dieser Allgemeinheit dürften beide Aussagen falsch sein:

zu 1.: Die Landbewirtschaftung im Gebirge ist vom Standpunkt des Umweltschutzes nur dann positiv einzuschätzen, wenn sie entweder sehr extensiv oder nach ökologischen Gesichtspunkten betrieben wird. Bei wachsender Intensität der Bewirtschaftung im konventionellen Sinne muß die Landwirtschaft als Umweltverschmutzer angesehen werden. Das heute im Durchschnitt gegebene Intensitätsniveau und durch Ökonomie und Agrarpolitik verursachter Trend zur intensiveren Nutzung bedeuten, daß die Berglandwirtschaft im Durchschnitt gesehen ökologisch schlechter ist, als die Alternativnutzung durch Wald, vorausgesetzt, daß dieser Wald keine Fichtenmonokultur ist.

zu 2.: Es soll nicht geleugnet werden, daß durch die traditionelle Berglandschaft eine Vielfalt von Landschaftsformen entsteht, der ein besonderer ästhetischer Reiz zugesprochen werden kann. Diese Landschaftsvielfalt gewinnt

Abbildung 2 : Entwicklung der Ertragslage von Grünlandwirtschaften im Hochalpengebiet mit einer Betriebsgröße von 50 - 100 ha



Quelle: LBG, Buchführungsergebnisse, diverse Jahrgänge

ihren Wert aber erst im Zusammenhang mit der Lebenswelt der sie bearbeitenden Menschen. Die weitgehende Kommerzialisierung des Fremdenverkehrs und die Korruption des Geschmacks bzw. der Erholungsgewohnheiten der Touristen tragen entscheidend zur Zerstörung dieser Lebenswelt bei. Im Urlaub agiert der vom Kommerz gelenkte Tourist seine Prestige-, Luxus- und Sicherheitsbedürfnisse konzentriert aus. Die asphaltierte Zufahrt zur sogenannten Erholungslandschaft ist dabei wichtiger als ihre Pflege durch den Bergbauern. Ein Dorf ohne sogenannte Freizeiteinrichtungen verliert die Fremden, ein Dorf ohne Bauern nicht so schnell. Und die Kulturlandschaft, die Kombination aus Landschaft und Lebenswelt? Sie bildet das Klischee und die Kulisse, die dem Touristen das Gefühl gibt, daß die Welt in Ordnung ist, weil sie sich nicht verändert. Der ganze schreckliche alpenländische Lederhosenstil, der sich nicht nur auf die Architektur beschränkt, ist nichts anderes, als die aus Gründen der Umsatzsteigerung verordnete kollektive Regression in den Schein einer heilen vorindustriellen-bäuerlichen Welt. Und die Bergbauern sind unsere Indianer, die wir noch nicht ausgerottet haben und die wir jährlich einmal auf ihren Höfen besichtigen - im Vorbeifahren auf dem Weg zu einer Erholungseinrichtung. Für den Fremden ist die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft daher zweitrangig. Er will ein Klischee, das bekommt er. Und weil ihm die öffentliche Meinung sagt, wie wichtig die Bauern für die Erholungslandschaft sind, glaubt er es auch. Jahr für Jahr, und das schon ein halbes Jahrhundert lang, geht die Kulturlandschaft Stück für Stück verloren. Almen werden aufgelassen, ganze Berghänge werden aufgefördert, Bergmoore werden trockengelegt, Feldraine beseitigt, Felsen gesprengt, Uneben-

heiten eingebaggert. Äcker werden Wiesen und Wiesen werden Grasmonokulturen. Und trotzdem, obwohl ihnen allen dies so wichtig war, kommen sie trotzdem noch und kommen immer zahlreicher.

Wenn nun in Wirklichkeit den Touristen die Arbeit der Bergbauern und das Produkt dieser Arbeit garnicht interessiert, was macht ihn dann für den Bergbauern interessant? Rettet der Fremdenverkehr die Bergbauern vor dem ökonomischen Ruin?

Es ist unmöglich, diese Frage generell zu beantworten, jedoch trifft das rosige Bild, das man häufig in diesem Zusammenhang malt, sicher nicht die Realität. Die Investitionen im Fremdenverkehr sind hoch, der Auslastungsgrad meist gering und der Absatz von Fremdenbetten nicht im entferntesten garantiert, wie es derjenige der Milch (noch) ist. Im Jahre 1972 hatte das Einkommen der gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe in den Bundesländern Kärnten, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg eine Höhe von ca. 5.570 Mill. Schilling, dasjenige der bäuerlichen Fremdenverkehrsbetriebe ca. 350 Mill. Schilling, das sind rund sechs Prozent,¹⁾ betragen.

Am Fremdenverkehr wird der Großteil der Bergbauern nicht reich, außer vielleicht durch den Bodenverkauf, um Platz zu machen für die eigentliche Kultur- und Erholungslandschaft, Seilbahnen, Schipisten, Parkplätze und Autobahnen.

Einige Bemerkungen zu den Direktzahlungen für Bergbauern

Die Bergbauern erzielen weder aus der Landwirtschaft (über die Produktpreise), noch aus dem Fremdenverkehr ein zumutbares Einkommen. Die Ursache dafür liegt darin, daß die Bergbauern weder gegenüber der Tallandwirtschaft noch gegenüber dem gewerblichen Fremdenverkehr konkurrenzfähig sind. Aufgrund von Topographie und Klima ist der Aufwand höher, der Ertrag geringer, die Fremdenzimmervermietung muß nebenbei betrieben werden und ist daher durch Arbeitskräftemangel und Kapitalmangel begrenzt. Seit Anfang der Siebzigerjahre wird dieser strukturellen Schwäche der Berglandwirtschaft Rechnung getragen. Für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung zahlen Bund und Länder direkte Prämien an die Bergbauern. Dies ist gewiß ein Fortschritt, weil damit endlich die Ideologie vom Bauern als Unternehmer, eines der bestgehütetsten Propagandainstrumente der Konservativen, mit denen sie regelmäßig auf Bauernfang gingen, obsolet geworden ist. Denn der am Rande des Existenzminimums wirtschaftende Bergbauer war nie ein Unternehmer und wird es auch nie sein, und er ist auch dann nicht frei, wenn er von den unsozialen Gesetzen des Marktes und der Konkurrenz abhängt. Daher ist er auch nicht dann unfrei oder Almosenempfänger, wenn er Direktzahlungen als Abgeltung einer Leistung erhält. Aber

Was ist der Gesellschaft eine bergbäuerliche Arbeitsstunde (Heuernte) wert? (Werte für Tirol 1976)

Quelle:
Berechnet aus land. und forstwirtschaftl. Betriebszählung 1970, Grüne Bericht 1974, Bericht über die Lage der Tiroler Landwirtschaft 1976
Beobachter/Schiff: "Die Bergbauern", Wien 1977

	Leistung/ha landwirtschaftl. Nutzfläche in S.	Stundenentgelt in S in	
		Mechanisierungsstufe 2 (Transporter)	Mechanisierungsstufe 3 (Motormäher, Sense)
Bund (Bergbauern-zuschuß)	124	2.60	1.10
Land Tirol (Bewirtschaft.präm.)	115	2.40	1.00
Zusammen	239	5.00	2.10

dieses ganze Gerede vom freien Unternehmertum der Bergbauern dient ja nur dazu, die Interessensgegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen von Bauern zu verschleiern, und sie als Partner ihrer heutigen Ausbeuter, der Genossenschaften und der Produktions- und Betriebsmittelindustrie hinzustellen.

Aber wir können uns nicht damit begnügen, das Instrument der Direktzahlungen als solches gutzuheißen. Wir müssen weiterfragen nach seiner Wirkung. Bleiben wir in Tirol:

1976 erhielten 7.072 Tiroler Bergbauern vom Bund den Bergbauernzuschuß in der Höhe von 2.500,- Schilling bzw. 3.000,- Schilling pro Betrieb und Jahr, insgesamt ca. 19 Mill. Schilling. Legt man diesen Betrag auf die landwirtschaftliche Nutzfläche um, so wurden pro Hektar ca. 124,- Schilling gezahlt. Der Arbeitsbedarf für eine zweimalige Heuernte, Düngung und Trocknung nicht eingerechnet, liegt in der Mechanisierungsstufe 2 (40 - 60 Prozent Hangneigung, Einsatzmöglichkeit für einen Transporter) bei 48 Arbeitskraftstunden pro Hektar, in der Mechanisierungsstufe 3 (über 60 Prozent Hangneigung, Einsatzmöglichkeit für Motormäher bzw. Sense) bei 114 Arbeitskraftstunden pro Hektar. Daraus ergibt sich aus der Mechanisierungsstufe 2 aus dem Bergbauernzuschuß ein Stundenentgelt von 2,60 Schilling, in der Mechanisierungsstufe 3 ein Stundenentgelt von 1,10 Schilling.

Seit 1975 leistet das Land Tirol eine Bewirtschaftungsprämie für Bergbauern. 1976 erhielten 9.500 Bergbauernbetriebe 23,6 Mill. Schilling. Legt man auch diesen Betrag auf die landwirtschaftliche Nutzfläche um, so wurden pro Hektar ca. 115 Schilling gezahlt, umgerechnet auf die Arbeitsstunde allein für das Mähen und Einbringen des Heus 2,40 Schilling in der Mechanisierungsstufe 2, 1,- Schilling in der Mechanisierungsstufe 3.

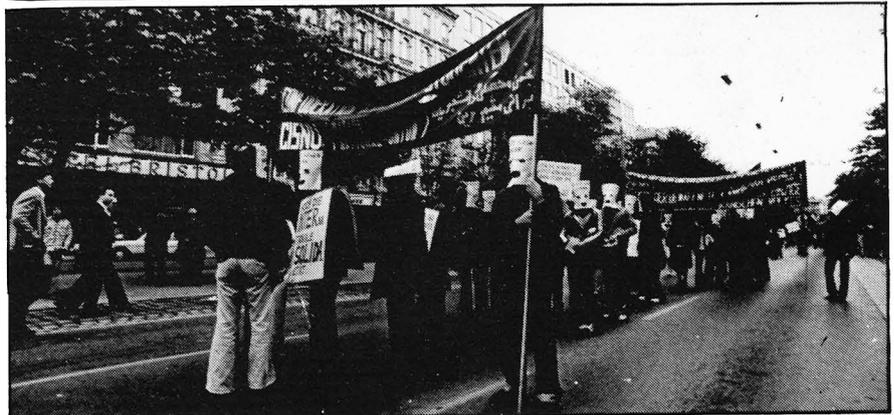
Fürwahr, mit diesen Summen wird man die Bergbauern nur dann weiterhin als Indianer in ihren Reservaten halten, wenn im Tal unten genügend Arbeitslosigkeit herrscht, die ihnen das Berufswechseln sowieso unmöglich macht.

Günter Scheer

1) Diese Werte wurden errechnet aus: Österr. Stat. Zentralamt: Das Beherbergungs- und Gaststättenwesen 1972, Wien 1975; Landesbuchführungsgesellschaft: Buchführungsergebnisse der österr. Landwirtschaft 1972, Wien 1973



1. Mai '78 in Wien



Recht schützt

Wir haben in dieser Kolumne bisher lediglich über Strafrecht im weiteren Sinne gesprochen. Die Rechtssache Mensch gegen Mensch, den Zivilprozeß, in dem eine Partei gegen eine andere Recht zu bekommen versucht, haben wir bisher ausgeklammert. Der Zivilprozeß selbst schien uns

weniger unmittelbar mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit verknüpft, in dem Sinne jedenfalls, in dem "Betrifft: Rechtsstaat" entstanden ist. In letzter Zeit aber wurden im Zusammenhang mit einer Diskussion um die Einführung einer Rechtsschutzversicherung zum verbesserten Zugang zum Recht -

wie es das SPÖ-Programm auch fordert - dem Autor dieser Zeilen einige Fälle bekannt, wo vermögensrechtliche Fehlentscheidungen zu verheerenden menschlichen Folgen geführt haben - wie im folgenden Beispiel.

vor Strafe nicht

Viel Glück hatte Hilde Eichinger mit den Gerichten nie gehabt. Schon im Jahre 1956 hatte sie den ersten Strauß auszufechten - und verlor: Das Bezirksgericht Gloggnitz ließ sie samt ihrer damals 11jährigen Tochter delogieren, wie Hilde Eichinger meint, widerrechtlich. Damals habe das Ganze begonnen.

Fast 20 Jahre später, im Jahre 1975, kommt Hilde Eichinger nochmals in die Mühlen der Justiz; diesmal aber gründlich. Begonnen hatte die Geschichte harmlos: Die alte, nachbarliche Fehde; spielende Kinder, die den Ball in die Wohnung der Hilde Eichinger schießen. Frau Eichinger weigert sich schließlich, den Ball den Kindern zurückzugeben; der Vater könne ihn abholen - gegen entsprechende Entschuldigung.

Doch der Nachbar schickt die Gendarmerie. Diese erstattet - kurioserweise - nach dem Besuch bei Frau Eichinger Diebstahlsanzeige. Womit aus einem nachbarlichen Streit ein Strafverfahren wird.

Ein lächerliches Strafverfahren, das mit einem Freispruch enden muß und endet; jedoch, damit beginnt eigentlich erst der Kampf ums Recht, den Frau Eichinger schon gewonnen zu haben vermeint.

Vom Unglück, einen Prozeß zu gewinnen

Es ist nun so, daß bei einem Strafprozeß wegen Diebstahl Anwaltpflicht besteht. Und das ist auch grundsätzlich gut so. Schließlich ist der Durchschnittsbürger im Regelfall über die allgemeinen juristischen Umgangsformen recht wenig informiert - und damit, wie ein drastisches Richterwort bei dessen Pensionierung kolportiert wird "*ohne Anwalt zwangsläufig erledigt*". Im Fall der Invalidenrentnerin Hilde Eichinger jedoch wurde diese Anwaltpflicht schlechthin zur Katastrophe.

Frau Eichinger hatte sich nämlich auf den Hinweis ihres Anwaltes, des Herrn Dr. Wippel, verlassen, daß sie Anspruch auf Rückerstattung des Anwaltshonorars hätte, da es sich bei der Anzeige gegen sie um eine mutwillige Anzeige handelte. Zwar betrug das Honorar ihres Anwaltes "nur" knapp über 2.000,- Schilling. Für eine Invalidenrentnerin mit einer monatlichen Rente von 2.000,- Schilling ist eine solche Honorarforderung jedoch keine Lappalie - sondern eine Frage der Existenz.

Dazu kam noch die Forderung des gegnerischen Anwaltes - des Herrn Dr.

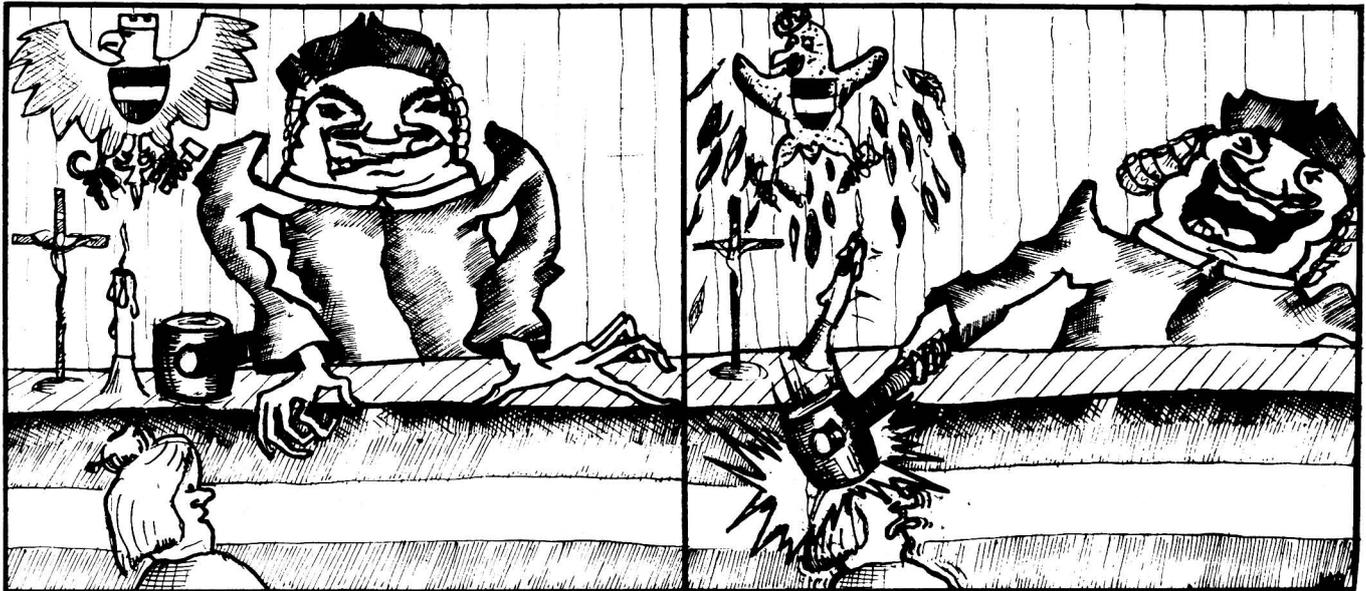
Thomas Zimmert, der eigentlich nach der standespolitischen Ethik der Anwaltschaft die Pflicht gehabt hätte, seinen Mandanten von dieser Form des Streites abzuhalten. Diese Forderung belief sich auf 4.000,- Schilling.

Die Gesamtforderung der Anwälte, mit der sich die auf dem Existenzminimum lebenden Hilde Eichinger herumzuschlagen hatte, betrug mithin nahezu das 3-fache ihrer monatlichen Rente.

Vom Problem eines Bezirksrichters

Nun war jedoch die Anzeige des böswilligen Nachbarn wegen Diebstahls eine wissentlich falsche. Und Frau Eichinger hatte nach ihren Angaben schließlich von ihrem Anwalt erfahren, daß ihr die Kosten von diesem zu ersetzen seien. Und tatsächlich schickte Herr Dr. Wippel nach abgelaufenem und gewonnenem Strafprozeß ihrem Prozeßgegner ein Schreiben, in dem er energisch seine Kosten von diesem einforderte.

Allein, dieser zahlte nicht. So blieb nun Frau Eichinger nur noch der Weg der Kostenforderungsklage. Da Frau Eichinger die Kosten eines neuerlichen Ge-



richtsverfahrens und insbesondere das Prozeßrisiko, diese von den etwa 1.400,- Schilling, die ihr nach Abzug der Wohnungskosten noch zur Verfügung standen, kaum hätte tragen können, wandte sie sich an die Anwaltskammer um Rat. Und diese empfahl ihr, die Klage wohl einreichen zu lassen, jedoch vorher Verfahrenshilfe bei Gericht zu beantragen.

Das Institut der Verfahrenshilfe soll bedürftigen Staatsbürgern die Rechtsdurchsetzung dadurch ermöglichen, daß die Kosten von der Staatskasse getragen werden. Allfällige Anwaltskosten werden im Falle gewährter Verfahrenshilfe vom Staat an den Pensionsfond der Anwaltskammer überwiesen und die betroffene Person erhält einen Anwalt zugewiesen.

Frau Eichinger beantragte also vor dem Bezirksgericht Gloggnitz Verfahrenshilfe. Der Antrag wurde abgewiesen. Im Namen der Republik befand der Herr Bezirksrichter, Dr. Masicek, daß der Mindestrentnerin die Kosten wohl zuzumuten seien. Das Einkommen aus der Mindestrente reichte zur Kostendeckung aus; meint der als A-Beamter bestellte Richter.

Entmutigt erklärte sich Frau Eichinger bereit, die Forderungen der beiden Anwälte in kleinen Raten zu bezahlen. Und hielt sich auch im wesentlichen an die Ratenvereinbarungen.

Von den sozialen Nöten eines Rechtsanwaltes

Dem gegnerischen Anwalt, dem Herrn Dr. Zimmert aus Neunkirchen, schienen die Ratenzahlungen der Frau Eichinger

zu langsam. Er beantragte vor dem gleichen Bezirksgericht Gloggnitz einen Exekutionstitel. Und erhielt diesen auch - nach Angaben der Frau Eichinger in verdächtiger Eile. Und dieser soll ebenso schnell auch in Anwendung gekommen sein: Während üblicher- und gesetzlicher Weise Exekutionen so geführt werden, daß die verpflichtete Partei vom Exekutionstitel informiert wird,

anschließend in deren Anwesenheit bestimmte Güter für beschlagnahmt erklärt allerdings in der Wohnung der Partei belassen werden und allenfalls eine Woche vor der tatsächlichen Versteigerung aus der Wohnung abgeholt werden, geschah all dies nach den Informationen, die Frau Eichinger *offensiv links* gab, nicht.

Vielmehr wurde ihr über die Weihnachtstage, die sie über Einladung bei Bekannten verbrachte, die Wohnung regelrecht ausgeräumt - und zwar ohne vorherige Verständigung.

Dabei wurden sowohl Waren beschlagnahmt, die nicht ihr, sondern ihrer Tochter gehörten; ebenso solche, die nach Paragraph 251 der Exekutionsordnung zu den pfändungsfreien Gegenständen gehört, wie beispielsweise die Bestrahlungslampe, der Elektroherd und der Öfen.

Frau Eichinger floh aus ihrer Wohnung buchstäblich nach Wien. Mitten im Winter stand sie ohne Heizung, Bestrahlungslampe und Herd in ihrem Häuschen

bei Neunkirchen, ohne die Möglichkeit zum Ersatz dieser Gegenstände zu haben.

Von Wien aus verlangte sie die Einstellung der gesetzeswidrigen Exekution. Die Kanzlei Dr. Stern und Rechtsanwalt Dr. Mardetschläger bemühen sich um die Einstellung der Exekution und insbesondere um die Abwendung der Versteigerung.

betrifft: rechtsstaat

Dr. Zimmert jedoch verweigert die Einstellung der Exekution, obwohl ihm durch diverse Schreiben seiner Kollegen aus der Kanzlei Dr. Stern bzw. der Kanzlei Dr. Mardetschläger bekannt war, daß die beschlagnahmten Waren nicht aus dem Eigentum der Invalidenrentnerin stammten. Er besteht auf vorheriger Bezahlung seiner Honorarnote.

Zeitgerecht wird ihm schließlich sein Resthonorar überwiesen. Dr. Zimmert läßt sich jedoch mit der Einstellung Zeit. Erst eine Woche nach der erfolgten Versteigerung genehmigt er die Einstellung der Exekution.

Was für Frau Eichinger die Konsequenz hat, daß sie auf absehbare Zeit in ihr Häuschen nicht wieder zurückkehren wird können. Die Wohnung ist leer, geleert durch eine widerrechtliche Exekution und eine noch haarsträubendere Versteigerung. Und von einer Invalidenrente wird sie sich auch so bald nicht mehr einrichten lassen.

Ronny Pohoryles

Kommt "Eurokommunismus" in Österreich?

Die Veranstaltung mit Wolf Biermann in der Wiener Stadthalle wurde von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus, Gewerkschaftlicher Einheit und Wiener Tagebuch organisiert. Das war auch Anlaß für die Zeit-im-Bild-2-Redaktion, eine aktuelle Sendung zusammenzustellen aus Interviews mit einem Vertreter der drei Veranstalter,

Hans Margulies, dem Vorsitzenden der KPÖ, Muhri, und aus Liederausschnitten von Biermann.

Auf Grund vieler Anfragen und des großen Interesses für diese Fernsehsendung bringen wir den ganzen Wortlaut des im ORF gekürzt ausgestrahlten Interviews mit Genosse Margulies.

F: Herr Margulies, Sie sind Chef der Freien Österreichischen Jugend, gleichzeitig Sekretär der Gewerkschaftlichen Einheit und Mitorganisator des Biermann-Auftritts. Welchen Zweck hat die Veranstaltung eigentlich?

A: "Wir wollen mit dem Biermann-Auftritt eine Solidaritätsveranstaltung organisieren, die daran erinnern soll, daß in den sogenannten sozialistischen Ländern Osteuropas sich eine sozialistische Opposition entwickelt hat, die sich selbst die Aufgabe stellt, einen Sozialismus zu entwickeln, der im Gegensatz steht zu dem autoritären Sozialismus, der heute praktiziert wird."

F: Es fällt auf, daß alle drei Gruppierungen, also Gewerkschaftliche Einheit, Freie Österreichische Jugend und Wiener Tagebuch ehemals Mitglieder der

KPÖ waren. Gibt es Parallelen zwischen den drei Gruppierungen?

A: "Selbstverständlich, aber man muß sehen, daß sich alle drei Gruppierungen unterschiedliche Aufgabenstellungen seit 1969/70 gegeben haben. Das Tagebuch hat sich in erster Linie die Aufgabe gestellt, marxistisches Gedankengut mittels der Zeitschrift speziell im Intellektuellenbereich zu verbreiten und zur Diskussion zu stellen. Die Gewerkschaftliche Einheit hat sich die Aufgabe gestellt, gewerkschaftliche Initiativen zu setzen speziell im Gewerkschaftsbereich als sozialistische unabhängige Gruppierung und Fraktion zu wirken. Während die BFS, die ehemalige Jugendorganisation, sich allein aus ihrer Struktur heraus auch im wesentlichen orientiert, politische Basisinitiativen zu unterstützen, wie zum Beispiel die Arena-Bewegung, die Anti-

AKW-Bewegung und sozialistisches Gedankengut zur Diskussion zu stellen und zu verbreiten."

F: Alle drei Organisationen haben Biermann eingeladen. Biermann gilt quasi als Aushängeschild des Eurokommunismus, ist das nicht irgendwie ein Zeichen auch in Richtung Eurokommunismus in Österreich?

A: "Ich persönlich halte eine eurokommunistische Bewegung in Österreich für notwendig und erforderlich, auch wenn ich gleichzeitig sagen will, daß das bedeutet, daß ich nicht unbedingt mit jeder Formulierung und jeder Äußerung der Kommunistischen Partei Italiens oder der Kommunistischen Partei Spaniens oder Frankreichs übereinstimme. Entscheidend sind für uns die Grundüberlegungen in zweierlei Richtung, erstens: daß die sogenannten eurokommunistischen Parteien - weil es sich ja nicht nur um europäische Parteien handelt, sondern auch die japanische Partei sich z. B. mit dieser Grundorientierung identifiziert - für uns sind die zwei entscheidenden Elemente, daß diese Kommunistischen Parteien versuchen, marxistische Antworten zu finden, die der heutigen Realität entsprechen. Zum Beispiel in der Frage der Demokratie, des Kampfes um die Erweiterung der Demokratie, und als zweites Element, daß sie gesehen haben, daß eine sozialistische Perspektive nur eröffnet werden kann, wenn eine Politik eigenständig entwickelt wird, ohne Bevormundung seitens der Kommunistischen Staaten, speziell der Sowjetunion."

F: Also ein Ablehnen des Moskauer Anspruchs?

A: "Das ist Aufgabe dieser Kommunistischen Partei, dazu konkret Stellung zu nehmen, wir haben ja, sowohl das Tagebuch als auch die BFS, eindeutig, auf Grund unseres Schrittes in den Jahren 69/70 gezeigt, daß wir diese Art von Sozialismus, wie sie dort praktiziert wird, für uns als unakzeptabel betrachten."

F: Haben Sie die Absicht, in ferner Zukunft eine eigene Partei, quasi eine eurokommunistische KPÖ zu gründen?

A: "Diese Überlegungen sind selbstverständlich in allen drei Bewegungen und Gruppierungen vorhanden. Inwieweit es

dazu kommt, hängt meines Erachtens erstens von der Entwicklung in Österreich selbst ab, inwieweit innerhalb der Arbeiterschaft Kämpfe für die Erweiterung der Demokratisierung auftreten und die Notwendigkeit zur Wirklichkeit wird, eine eurokommunistische Partei zu gründen. Und zweitens hängt es ja auch davon ab, in welcher Form sich die KPÖ entwickelt.“

F: Auf wieviel Stimmen und von welcher Seite würden sie dabei hoffen?

A: “Für uns steht die Frage der Wahl nicht im Vordergrund, so kurzfristig glaube ich nicht, daß wir eine Möglichkeit sehen, z. B. bei der nächsten Gemeinderatswahl, bei der nächsten Nationalratswahl als eurokommunistische Bewegung zu kandidieren. Erstens sind die Voraussetzungen nicht gegeben, und zweitens ist es so, daß wir sehr wohl für uns in Anspruch nehmen, diese Probleme, die für die Weiterentwicklung einer sozialistischen Perspektive in Österreich sehr wichtig sind, gründlicher auszudiskutieren.“

F: Wenn man aber jetzt weiterdenkt, welche Parteien kämen dabei bei Ihnen in Frage, es gibt ja auch in der KPÖ Unzufriedene?

A: “Ja, wir sind sicherlich überzeugt, daß eine Bewegung links von der SPÖ notwendig ist und sich rekrutieren würde in erster Linie aus kritischen Leuten, die nirgends organisiert sind, aber linkes Gedankengut akzeptieren und für wünschenswert erachten, aus kritischem Potential, das innerhalb der SPÖ vorhanden ist, und selbstverständlich aus kritischem Potential, das nach wie vor in der KPÖ angesiedelt ist, wie z. B. dieser letzte Brief der anonymen Genossen, d. h. jener Kommunisten, die in der Kommunistischen Partei geblieben sind, zeigt, daß hier sicherlich auch oppositionelle Bestrebungen innerhalb der KPÖ vorhanden sind.“

F: Worin unterscheidet sich eigentlich ihre Ideologie von der der KPÖ?

A: “Sie unterscheidet sich in wesentlichen Merkmalen. Das eine Merkmal ist, daß wir im Gegensatz zur KPÖ der Auffassung sind, daß es heute notwendig ist, in der heutigen österreichischen Realität österreichische und marxistische Alternativen anzubieten und nicht einfach Vollzugsorgan irgend-

einer Internationale zu sein. Das zweite: wir haben ganz andere Vorstellungen in welcher Form man heutzutage Politik macht, wie man heute die Menschen eingliedern, sie aktivieren soll, usw. als die KPÖ, deren bürokratischer Apparat es de facto unmöglich macht, selbst innerhalb der KPÖ ein Eigenengagement und eine demokratische Diskussion zu eröffnen. Der letzte Parteitag der KPÖ hat eindeutig gezeigt, daß selbst eine innerparteiliche Diskussion nicht möglich ist, nicht sichtbar wurde, daß irgendwo echte vehemente Opposition, eine Kritik zum Tragen gekommen ist, obwohl es diese gibt.“

F: Und was gefällt Ihnen am Eurokommunismus?

A: “Ja, da kann ich für mich als Person antworten: ich bin mit 26 Jahren, als jüngstes Mitglied des ZK der KPÖ zum 19. Parteitag gewählt worden. Dieser Parteitag erscheint mir jetzt im Nachhinein gesehen als jener Parteitag, der, noch bevor die Kommunistische Partei Italiens und besonders, bevor die Kommunistische Partei Frankreichs den Weg beschritten haben, den sie jetzt gehen, die entscheidenden Grundgedanken erarbeitet hat, die man heute als eurokommunistische Gedanken darstellt“.

F: Welche sind das konkret?

A: “Erweiterung der Demokratie. Wir haben damals am 19. Parteitag formuliert, es geht darum, zu den im herrschenden System erkämpften demokratischen Rechten durch die Arbeiterklasse weitere demokratische Rechte hinzuzufügen, die eben dieses herrschende System nicht gewähren kann. Heute haben wir in sekundären Bereichen eine Reihe von demokratischen Freiheiten, d. h. im Freizeitbereich, im Konsumbereich, wir können, was nicht abwertend ist, wählen usw. usf.

In dem sogenannten Primärbereich, wo echt Arbeiter und Angestellte unmittelbar konfrontiert sind, unmittelbar ihre Lage erkennen können, dort ist aber die Demokratie mehr oder weniger ausgeschaltet. Nach wie vor ist im Betrieb der Demokratisierungsprozeß beendet. Und dieser Demokratisierungsprozeß im Betrieb ist meines Erachtens im Rahmen dieser Gesellschaft, z. B. nicht möglich und daher eine notwendige Orientierung von uns in Richtung Sozialismus.“

1. mai Pariser Mai '78

1. Mai in Paris.

Im Vorjahr noch eine mächtige Demonstration mit 70 - 80.000 Menschen auf dem Boulevard Beaumarchais.

1978 20.000 Menschen. Wenig Transparente, einfallslose Parolen. Die Spitze der Gewerkschaftsfunktionäre bleibt zu Hause. “Diplomatische Müdigkeit“ nennt die Presse das Fernbleiben Edmund Maires, dem Repräsentanten der C.F.D.T. Er schickt seinen Sekretär. Die 20.000 Gewerkschafter dürfen sich den Kopf zerbrechen, woher diese Müdigkeit kommt.

Desillusion nach den Wahlen? Bröckelt vielleicht die Fassade der Gemeinsamkeit der linken französischen Gewerkschaften?

Trotzdem ist der Zug für unsere (österreichischen) Verhältnisse mächtig. Die Gruppe der “Traditionalisten“ wird auf 17.000 geschätzt, weitere 3.000 bis 4.000 Manifestanten sind die “unkontrollierten Elemente, die Autonomen, die Ultralinken...“ wie sie von bürgerlicher Presse und Humanite gleichzeitig beschimpft werden.

Ein nicht zu übersehender Block der “Gast“-Arbeiter in Frankreich fällt auf. Die auch nach 20 Jahren Schuften bei Citroën oder Renault, eben noch immer die “Travailleurs immigrés“ sind und bleiben. Eine andere, kleine Gruppe von Arbeitern, mit roten Bauhelmen am Kopf und ihrem fotokopierten Lohnstreifen am Rücken befestigt, zeigen an Hand ihres Verdienstes die Lohnsituation in Frankreich. Sie sind schon seit 14 Tagen im Streik. Ausgesperrt. ▶

Spektakulär setzt sich dann das Comité gegen die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien in Marsch. Akklamiert vom Spalier. Sie tragen im halbrunden Bogen ein großes Gemälde, welches Fußballspieler zeigt, die mit einem Gefolterten, an Stelle eines Balles, spielen. Die Träger haben weiße Masken auf, wie man sie von der Comedia dell'arte kennt. Weiß - mit einem großen, roten Einschußloch auf der Stirn.

Das kennt man allerdings von Mexico 1968.

Dann kommen die Soldaten in Uniform, mit roten Masken über ihrem Gesicht. Sie tragen Transparente gegen den Wehrdienst.

Die Gruppe der Frauen ist stark. Sehr bunt. Sehr lustig. Auch Männer sind dabei und Kinder und Homosexuelle und Musikanten!

(Der Zug wird bunter, fröhlicher. Nicht mehr diese ernste Feierlichkeit.

da platzen die ersten Tränengasgranaten voll in die Menge der Manifestanten. 20 - 25.000 Menschen laufen panikartig in alle Richtungen der Bastille davon.

Dort hat sich jedoch die paramilitärische CRS strategisch aufgestellt. Man kann nicht mehr durch.

Altgediente Gewerkschafter werden genauso geprügelt, wie die jungen Frauen, die mit ihren Kinderwagen nicht mehr rechtzeitig in einen Hauseingang flüchten können. Die besonders.

Als ca. 500 Menschen - unter denen wir auch waren - sich in einen kleinen Innenhof eines Bürgerhauses flüchten konnten, gelang es noch einem Polizisten, zwei oder drei Tränengasgranaten in diesen abzufeuern, bevor das Außentor geschlossen werden konnte. Also mußten wir wieder hinaus. Dorthin wo uns die Polizei haben wollte.

spanischen, Conciergen verhielten sich jedenfalls solidarisch mit den vor der Polizei Flüchtenden, aber nicht unbedingt mit den Manifestanten. Die waren aber in diesem Falle ein und dieselben Personen. Also öffneten und schlossen sie geschwind ihre Tore.

In diesem Hauseingang also, öffnete sich plötzlich eine Tür und ein wildgewordener Kleinbürger, mit Zielfernrohrgewehr im Anschlag, rennt heraus und schreit, er habe es nun satt, daß man ihm zweimal im Monat die Auslagenscheiben einschlägt. Und jedenfalls schießt er jetzt auf alles und wenn es auch die Polizei ist.

Er konnte zurückgehalten und in einem großen Hin- und Herpalaver besänftigt werden.

Irgendwo begann ich mich zu fürchten. Wie mag es hinter den vielen Wohnungstüren der zornigen Kleinbürger aussehen?

Wie steht es überhaupt um so ein Land, wo die Polizei so plötzlich da und so aggressiv, die Kleinbürger so rabiat und bewaffnet und die Gewerkschaftsspitzen so "müde" sind?

Als wir wieder vor das Haustor gehen konnten, war der ganze Boulevard in einen dichten Tränengas- und Rauchvorhang verschwunden. Die "unkontrollierten Elemente" zogen sich immer weiter hinter die Barrikaden zurück. Auch die Touristenbusse von Neckermann wurden von der Polizei nicht verschont. Ich sah, wie ein Polizist eine Tränengasgranate in einen solchen Bus warf.

Widerspruch im Widerspruch?

Die Demonstrantenhatz nimmt in den späten Abendstunden ihr Ende.

Der Rundfunk verlautbart lakonisch, die Polizei hätte die Situation unter Kontrolle.

Fazit: 83 Geschäftslokale ausgeräumt für Barrikadenbau. Unzählbare Auslagenscheiben eingeschlagen. Mehrere Verletzte auf beiden Seiten.

8 Verhaftete, welche ohnehin schon als polizeibekanntes Assoziale bekannt sind.

Die Humanité aber schrieb in ihrer Ausgabe vom 2. Mai: "Erster Mai der Arbeiter, der Solidarität, des Kampfes"!

(Und erwähnt auf Seite 4 ganz klein etwas von "Provokateuren und Unruhe".)

In ■



Das Spalier jedoch ist jetzt offensichtlich mehr und mehr von Polizisten durchsetzt. Am Boulevard noch von den unauffällig Auffälligen. Am Place de la Bastille schon von der CRS mit Schlagstöcken, durchsichtigen Schildern und Visierhelmen. Sichtlich nervös.

Als der bunte Schwanz an der Bastille ankommt, man sieht die Fahnen der Bretagne mit schwarzem Trauerflor flattern, Transparente gegen die Umweltverschmutzung werden höher gehalten,

Wieder Fußtritte, Prügel, Tränengas und sicher auch Chlorgas (man kann das jetzt nicht mehr feststellen, seit Mai 68 lassen die Polizisten die ausgeschossenen Cartouchen nicht mehr auf der Straße liegen). Also, wieder in den nächsten Hauseingang hinein. Wir konnten gerade noch feststellen, daß Auslagenscheiben in Brüche gingen und irgendwo wurde eine Mülltonne in Brand gesteckt. Aber - einmal in einem Hauseingang - war man in Sicherheit. Die, meistens

argentinien



... in Deckung!

Zwischen Voltreffer und Eigentor

Die WM-Vorbereitungen sind abgeschlossen: Die teilnehmenden Mannschaften sind nach letzten Probespielen in den WM-Austragungsorten eingetroffen, wo inzwischen Tausende schwer bewaffneter Soldaten zur Absicherung der Stadien, zum "Schutz" der Mannschaften und Schlachtenbummler aufgeboten wurden.

Gleichzeitig intensiviert sich in vielen Ländern die Solidaritätskampagne mit der argentinischen Bevölkerung, deren Gegnerschaft zur Diktatur vom gigantischen Heer der "Ordnungskräfte" daran gehindert werden soll, während der WM in irgendeiner Form in Erscheinung zu treten.

Wird aber die zu erwartende reibungslose Abwicklung der Spiele ausreichen, um jenen weltweiten Imageverlust, den die internationale Informationskampagne über die Zustände in Argentinien der Junta bereits zugefügt hat, wettzumachen?

Die in letzter Zeit verstärkten Richtungskämpfe innerhalb der Streitkräfte, in denen es um die zukünftige Organisationsform der Staatsmacht geht, scheinen darauf hinzuweisen, daß sich erhebliche Teile des argentinischen Militärs dessen gar nicht so sicher sind.

Faktionen im Militär

Seit den Zwanzigerjahren stehen einander innerhalb der argentinischen Streitkräfte im wesentlichen zwei Faktionen gegenüber: auf der einen Seite ihr reaktionärer Flügel, der stets die Interessen der industriefernindlichen, exportorientierten Agraroligarchie vertrat. Auf der anderen Seite die Vertreter der Industriebourgeoisie (bzw. großgrundbesitzenden Industriellen), deren Wirtschaftsprjekt mit dem der multinationalen Konzerne übereinstimmte.

Dieses Modell der abhängigen Industrialisierung, das sich zunächst durchsetzte (Militärregierungen Ongania, Levingston, Lanusse) scheiterte aber sowohl in wirtschaftlicher als in politischer Hinsicht: Einerseits blieb das für die Überwindung der Wirtschaftskrise unentbehrliche ausländische Kapital aus; andererseits nahm der Widerstand der Bevölkerung gegen die Militärs ab 1969 immer mehr zu.

Nach dem peronistischen Zwischenspiel (1973-76), das sich jedoch als unfähig erwies, die revolutionäre Volks-

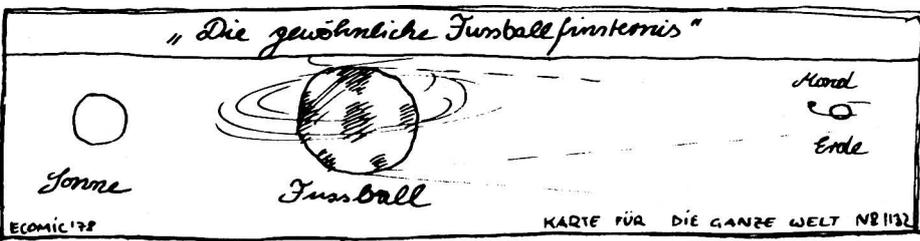
bewegung abzubremesen, vertritt heute Staatspräsident Jorge Rafael Videla - Hauptexponent der "Industriefraktion" - die kombinierten Interessen der nationalen großgrundbesitzenden Industriellen sowie der ausländischen Konzerne. Mit den Vertretern der "reinen Agraroligarchie" des Landesinnern hat er als wichtigstes Ziel die Ausrottung der "Subversion" gemeinsam. Für seine Fraktion stellt der zur Zeit ausgeübte Staatsterror nur eine notwendige Durchgangsphase zur Zähmung und Integration der Arbeiterklasse dar. Ihr Ziel ist weniger die totale Zerschlagung der Gewerkschaften als ihre Kontrolle und Instrumentalisierung.

Die Fraktion der "duros", "Falken" und kompromißlosen Mörder hingegen, der konsequentesten Vertreter der

Großgrundbesitzer, die sich vor allem in der Marine und in einigen Teilen des Heeres finden (Admiral Massera, General Mason Suarez, General Iberico Saint Jean, General Menéndez u.a.), streben die völlige Zerschlagung der Arbeiterorganisationen an. Ihr politischer Plan sieht erst für 1991 eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen und freien Wahlen vor, während Videla schon heute zu einem gewissen Dialog mit den politischen Kräften des Landes bereit ist und den Prozeß der Rückkehr zur Demokratie noch in diesem Jahrzehnt abschließen will.

Ein wichtiger Bündnispartner der "duros" ist heute der IWF (Internationale Währungsfonds), der, wie sie, kein Interesse an der Aufrechterhaltung des argentinischen Binnenmarktes hat (im Gegensatz zur Industriefraktion). Der IWF ist hauptsächlich an der Fähigkeit des Landes interessiert, die ihm gewährten Kredite zurückzuzahlen, die sich bei der herrschenden Weltarbeitsteilung allein aus erhöhten Agrarexporten ergeben kann. Gemeinsam mit den Großgrundbesitzern und ihren Vertretern im Militär kümmert es ihn wenig, wenn durch diese einseitige Orientierung, die für Argentinien den Weg zurück zum reinen Agrarstaat bedeutet, die Absatzmöglichkeiten der einheimischen Industrie bei rasant sinkender Massenkaukraft zerstört werden.

Neben den "duros" und der Videla-Gruppe, die etwa gleich stark sind, gibt es noch eine dritte, zahlenmäßig bedeutungslose "peruanische Fraktion": Offiziere, die weder mit dem Ausverkauf der Nation an die multinationalen Konzerne noch mit dem Rückfall Argentiniens in den Zustand eines Agrarstaates einverstanden sind (z.B. der Direktor der Militärunternehmen, General Diego Urricariet und Ex-General Gugliameli). Angesichts der Bedeutungslosigkeit dieser Fraktion spielen sich die für die zukünftige Entwicklung des Militärregimes entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen den "Gemäßigten" um Videla und den kompromißlosen Mördern ab.



Fraktionskämpfe und Zukunft des Regimes

Angesichts der Abhängigkeit des Landes von ausländischen Krediten (auch aus sozialdemokratisch regierten Ländern) ist besonders die Fraktion um Videla an einem günstigen internationalen Image des Regimes interessiert. Während Videla außerhalb des Regimes agierende rechtsextreme Terrorbanden für die vom Militär verübten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen als verantwortlich hinstellt, verschärfen die Bluthunde um Saint Jean und Menéndez ihre Terrorherrschaft, um damit Videla zu treffen, der ihnen noch auf dem Weg zur totalen Machtergreifung hinderlich ist. Oft richtet sich ihr Terror gerade gegen Vertreter jener gesellschaftlichen Kräfte, mit denen Videla den Dialog sucht.

Als hauptsächlicher Rivale Videlas versuchte sich in letzter Zeit der bisher zu den "Falken" gerechnete Admiral Massera, Oberkommandierender der Marine und Juntamitglied, zu profilieren. In Interviews und Diskussionen mit Journalisten gab er zwar "ernsthafte Verletzungen der Menschenrechte" zu, schob die Schuld dafür aber der Existenz faschistischer Banden im Heer zu und leugnete jede Verantwortung der Marine.

Massera bemühte sich nicht nur um gute Kontakte zur europäischen Sozialdemokratie und zu US-Regierungskreisen; er führte auch zahlreiche Gespräche mit rechtsperonistischen Persönlichkeiten und mit Führern der CGT (peronistische Einheitsgewerkschaft) sowohl in Argentinien als auch im Ausland (so am 9.4. in Paris).

Die plötzlichen "demokratischen" Züge, die Massera in diesen Gesprächen zur Schau trug, zeugen wohl eher von eigenen Herrschaftsambitionen als von einem tatsächlichen Gesinnungswandel. Gerade die Marine, deren Oberbefehl Massera innehat, ist für ihre grausamen Repressionstechniken berüchtigt: In der Marinehochschule z. B. werden Gefangene lebendig gevierteilt.

Masseras Manöver stehen im Zusammenhang des Versuchs der "Falken", Videlas Macht durch die Trennung der Funktionen des Staatspräsidenten und des Oberkommandierenden der Armee in Form der Einbeziehung eines "Vierten Mannes" in die Junta einzuschränken.

Nach monatelangem internem Gerangel wurde Ende März eine erste Einigung erzielt, die den Rücktritt und die Neubildung der Junta noch 1978 sowie die Ernennung eines nicht der Junta angehörigen Staatspräsidenten vorsah. Nach wie vor bestanden aber innerhalb der Junta Meinungsverschiedenheiten, die es notwendig machten, am 28. und 29. April eine Versammlung von 21 Generalen, Brigadieren der Luftwaffe und Vizeadmiralen einzuberufen. Diese konnte sich schließlich darauf einigen, Videla für weitere drei Jahre (bis 1981) im Präsidentenamt zu belassen.

Am 2. Mai wurde diese Entscheidung von der Junta verkündet. Videlas erneuertes Mandat beginnt am 1. August. Bis dahin wird er das Oberkommando über die Landstreitkräfte ablegen. Auch die Oberkommandierenden der beiden anderen Waffengattungen (Massera, Agosti) werden bis dahin zurücktreten. Den "Falken" scheint es damit zwar gelungen zu sein, Videlas Position etwas zu schwächen, doch haben sich Masseras Hoffnungen auf das Präsidentenamt nicht erfüllt. Über das neue Kräftegleichgewicht wird wohl erst die Zusammensetzung der neu zu bildenden Junta Aufschluß geben.

Die Rolle der Solidaritätskampagne

Die in vielen Ländern mit erheblicher Resonanz durchgeführte Informationskampagne über Argentinien hat innerhalb des argentinischen Militärs zu einiger Beunruhigung geführt, indem sie das internationale Image des Regimes verschlechterte. In erster Linie litt darunter Videlas Ansehen als Hauptexponent der Militärherrschaft. Dadurch verlor Videla auch gegenüber seinen Gegnern innerhalb des Militärs an Boden,

die ihn nach außen als den Hauptverantwortlichen des Terrors und sich selbst - in der Person Masseras - als "demokratische" Alternative zu präsentieren versuchten.



Derart unter Druck geraten, bleibt Videla nichts anderes übrig, als nun auch seinerseits Beweise für seine "demokratische Gesinnung" zu liefern. So ließ er die Namen von - bis zum 1.4. - 3.182 politischen Gefangenen veröffentlichen und stellte die Beteiligung von Zivilisten an einer künftigen Regierung in Aussicht. Diese verstärkte Rücksichtnahme auf die Weltöffentlichkeit, zu der sich Videla genötigt sieht, um gegenüber seinen Rivalen für die ausländischen Geldgeber weiterhin als die eher tragbare Alternative zu gelten, darf als erster Erfolg der Solidaritätskampagne betrachtet werden.

Um sich auch in Zukunft gegenüber den "Falken" behaupten zu können, deren demokratische Maske noch um einiges fadenscheiniger ist als seine eigene, wird Videla auch weiterhin genötigt sein, nach außen glaubwürdige Schritte in Richtung auf eine weniger unverhüllt terroristische Form der Machtausübung zu unternehmen und der Diktatur den Anschein demokratischer Legitimation zurückzugeben.

Sicherlich wird die erfolgreiche Durchführung der WM das Prestige der Junta wieder steigen lassen. Sie wird aber den inzwischen weltweit bekannten diktatorischen Charakter des Regimes nicht verdecken können und trotz der enormen Sicherheitsvorkehrungen das ausländische Kapital kaum von der innenpolitischen Stabilität des Regimes - eine der wichtigsten Voraussetzungen für Investitionen - überzeugen können. Videla wird sich also auch nach den Spielen zu weiteren Zugeständnissen gegenüber einer nach wie vor militanten Arbeiterbasis als auch gegenüber dem Druck, der durch die internationale Solidaritätsbewegung von außen auf die Militärherrschaft erzeugt wird, genötigt sehen.

Die Solidaritätsarbeit darf sich mit den erreichten Erfolgen nicht zufrieden geben, sondern muß auch nach den Spielen, aus deren Anlaß sie erst auf derartige Resonanz stoßen konnte, weitergehen.



Die besten Voraussetzungen für eine solche kontinuierliche Weiterarbeit werden dort bestehen, wo das Schwergewicht nicht auf die kurzfristige und sterile Forderung nach Verlegung bzw. Boykott der Spiele gelegt wurde, sondern die Verbreitung von Informationen über die Terrorherrschaft der Junta im Vordergrund stand (etwa BRD, Holland, Großbritannien).

In einigen Ländern konnten bisher bereits erfreuliche Erfolge erzielt werden: In Holland forderte eine Gruppe von Parlamentariern die holländische Nationalmannschaft auf, sich während der WM nicht an den offiziellen Feiern der Junta zu beteiligen, auch in der BRD wurden ähnliche Forderungen von zahlreichen Initiativen und Regionalorganisationen innerhalb der SPD erhoben, die auch eine Verurteilung der Junta durch ihre Parteispitze forderten; Auswärtiges Amt der BRD erklärte sich bereit, sich für die Freilassung von 500 politischen Gefangenen in Argentinien und ihre Ausreise in die BRD einzusetzen.

Auch in Österreich haben zahlreiche Jugendorganisationen auch innerhalb der SPÖ, Gruppierungen im katholischen Lager, Amnesty International und linke Gruppen in ihren Bereichen wertvolle Informationsarbeit geleistet. Der Zusammenfassung all dieser Aktivitäten zu einer breiten Kampagne waren aber v.a. von zwei Seiten Grenzen gesetzt: Das fragwürdige Demokratieverständnis der SP- und Gewerkschaftsführung machte die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen SJ (Sozialistische Jugend), ÖGJ (Österreichische Gewerkschafts-Jugend) und Gruppen wie der IGLA oder CISLA fast unmöglich; andererseits stellte sich die GRM mit ihrer Boykottforderung ins linke praxisferne Abseits (von der katastrophalen Politik der kommunistischen Parteien gegenüber Argentinien soll hier gar nicht die Rede sein. Bekanntlich unterstützt die KP Argentinien das Videla-Regime!).

Trotz allem konnte auch in Österreich - wenn auch in bescheidenem Ausmaß - der juntafreundlichen Berichterstattung des Großteils der österreichischen Massenmedien ein Gegengewicht entgegengesetzt werden. Diese Ansätze gilt es verstärkt weiter zu entwickeln.

H.K./IGLA ■

afrika

Wem die Stunde schlägt

Geld ist das Sesam-öffne-dich, wenn die Geheimnisträger der westlichen Welt, Ex-Diplomaten und Ex-Geheimdienstleute aus der Schule plaudern. Die jüngsten Enthüllungen kommen von einem Mister Stockwell, der 12 Jahre dem CIA angehörte und seinerzeit Leiter des US-Unternehmens in Angola war. Stockwell enthüllt in seinem Buch "Auf der Suche nach Feinden" wie mit Billigung Henry Kissingers und unter Umgehung des amerikanischen Kongresses FNLA und UNITA gegen die marxistisch orientierte MPLA mit Waffen- und Propagandamaterial systematisch aufgepäppelt worden sind. Zaires Diktator Mobutu im Norden, die südafrikanische Besatzungsmacht in Namibia (Südwestafrika) im Süden Angolas sollten bei dieser Operation das nötige Hinterland bieten. Erst die auf dieser CIA-Aktion basierenden Erfolge der "pro-westlichen" FNLA und UNITA riefen die Sowjetunion und die kubanischen Hilfstruppen auf Ersuchen der MPLA auf den Plan. So erscheinen also die damaligen abwiegelnden Äußerungen des frischgebackenen US-Botschafters bei den UNO, Young, in einem gänzlich anderen Licht. Damals wurden diese Äußerungen, da Young nicht bereit war, die kubanische Präsenz in Schwarzafrika als Interventionsgrund aufzufassen, schlicht seiner Hautfarbe zugeschrieben. Mit dem damaligen kubanischen Eingreifen in Angola wurde jedenfalls ein neuer Faktor in der antiimperialistischen Strategie afrikanischer Staaten und Befreiungsbewegungen geschaffen, der seither zunehmend an Bedeutung gewann.

Die durch die - kurze und unvollendet gebliebene - Revolution der Roten Nelken in Portugal beschleunigte Entwicklung in den lusitanischen Kolonialbesitzungen Angola, Guinea Bissau und Mozambique hat an den Grenzen dieser Länder nicht haltgemacht. Die antiimperialistischen, nationalen und Anti-Apartheid-Bewegungen des schwarzen Kontinents haben seither einen unerwarteten und anhaltenden Auftrieb zu verzeichnen. Die Stunde des schwarzen Mannes ist früher als erwartet gekommen, der weißen Herrschaft schlägt die Sterbeglocke.

Nachdem der äußere Sicherheitsgürtel der ehemals portugiesischen Kolonien gesprengt wurde, richtet sich der Angriff der afrikanischen Befreiungsbewegungen nun gegen den inneren Wall des verhassten Kerns des Apartheid-Systems rund um Südafrika. Zimbabwe (Rhodesien) und Namibia (Südwestafrika) sind an der Reihe, ihnen gelten die verzweifelten Rettungsversuche des Imperialismus in letzter Stunde.

Smith in Rhodesien hat einer internen friedlichen Regelung unter Ausnützung der Widersprüche in der schwar-

zen Mehrheit Zimbabwes weniger aus realpolitischer Einsicht, als unter dem Druck des großen weißen Bruders Vorster zugestimmt, der seine Kräfte nach innen konzentrieren und sie nicht durch ein direktes Engagement zugunsten Rhodesiens verzetteln will. Rhodesien eignet sich zudem schlecht für die Eröffnung einer offenen Front gegen die nationalen und antiimperialistischen Befreiungsorganisationen des Südlichen Afrika. Diese interne Lösung in Rhodesien, die schrittweise Übergabe der Macht an die Vertreter der schwarzen Mehrheit Zimbabwes, dürfte ohnedies nur als Atempause gedacht sein, denn sie ist ohne die Zustimmung der ZANU und ZAPU, der zwei großen bewaffneten Befreiungsorganisationen Zimbabwes von vornherein in Frage gestellt.

Und was die weißen Herren in Pretoria unter "interner Lösung" sich vorstellen, bewies ihr jüngstes Manöver in Namibia. Zuerst verblüffte Vorster die Vertreter der SWAPO, der einzig repräsentativen Befreiungsorganisation Südwestafrikas anlässlich ihrer Teilnahme an der UNO-Debatte über eine von westlicher Seite ausgearbeitete interne Lösung in Namibia a la Rhodesien: Südafrika ließ noch vor Beginn der UNO-Sitzung seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Plan der schrittweisen Machtübergabe an die schwarze Mehrheit in Namibia mitteilen. Abhaltung freier Wahlen unter UNO-Kontrolle, Unabhängigkeit für Namibia bis Jahresende. Noch bevor die SWAPO-Vertreter sich von ihrer Verblüffung erholen und

ihre Bedenken gegen einzelne schwerwiegende Vorbehalte des Apartheid-Regimes deutlich artikulieren konnten (Stationierung einer südafrikanischen Einheit bis zur Unabhängigkeitserklärung in Namibia, Anspruch Südafrikas auf die strategisch wichtige Walfisch-Bucht), kam schon das blanke Messer in der ausgestreckten weißen Hand zum Vorschein. Südafrikanische Eliteeinheiten verhafteten SWAPO-Angehörige in Namibia und starteten eine massive bewaffnete Aggression auf den Süden Angolas, wo die Stützpunkte der SWAPO vermutet werden. Der Angriff richtete sich gegen die südangolische Stadt Cassinga, in deren Nähe ein Flüchtlingslager zerstört und Hunderte Zivilisten massakriert wurden.

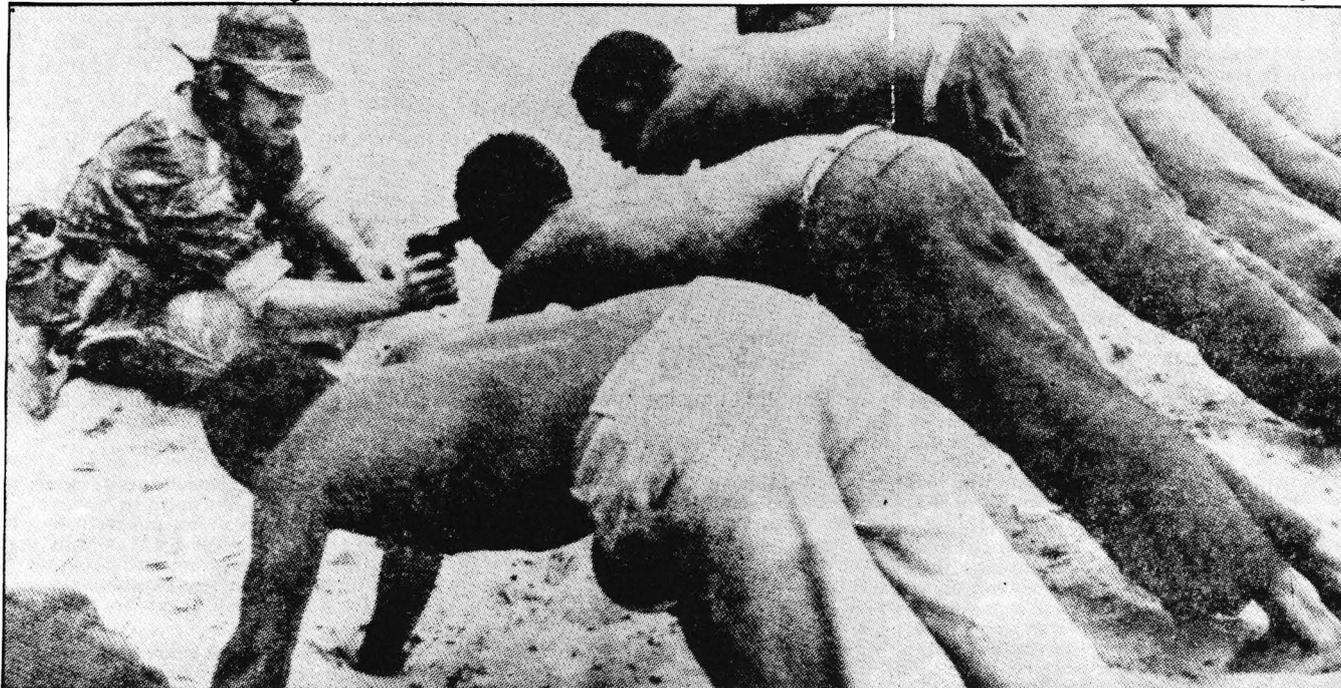
Es ist wahrscheinlich, daß das Apartheid-Regime dieses Verbrechen bewußt als Provokation begangen hat, um erneut Zeit zu gewinnen und den unaufhaltsamen Lauf der Dinge wenigstens zu verzögern. Denn auch Namibia ist für eine direkte Konfrontation, für das letzte Gefecht mit den Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika und ihrer kubanischen Verbündeten nicht der geeignete Ort. (Schon 1971 fällt der Internationale Gerichtshof in Den Haag das Urteil, daß die sogenannte "Verwaltung" Namibias durch Südafrika illegal ist.) Südafrika wird sich, wenn auch unter Zurücklassung einer breiten Blutspur und nach weiteren Verbrechen doch noch in seine Wagenburg zurückziehen müssen. Dann wird die Befreiung Azanias, wie die schwarze Be-

völkerung Südafrika nennt, auf der Tagesordnung stehen.

Heute keine Wagenburg, sondern Hochburg des Imperialismus

Das wirtschaftliche Rückgrat Südafrikas bildet unter den kapitalistischen Monopolen der sagenhafte multinationale Konzern Oppenheimers Anglo American/De Beers. Die massive Grundlage dieses multinationalen Riesen ist die in den Gold- und Diamantengruben eingesetzten Billigstarbeitskräfte des schwarzen Proletariats, von dem dem Apartheid-Regime langfristig die größte Gefahr droht.

Während in den meisten afrikanischen Ländern die nationalen und antiimperialistischen Bewegungen in den kolonialen und halbfeudalen Strukturen ihre größte Hypothek neben den diversen, überall bestehenden Stammesunterschieden vorfinden, bietet Südafrika den revolutionären Strömungen eine zunehmend breiter werdende proletarische Massenbasis und die Aussicht, nach einem Sieg über das Apartheid-Regime sich auf hochindustrialisierte Sektoren stützen zu können. Das Bewußtsein dieses Proletariats ist bei weitem entwickelter als das ihrer Stammesangehörigen in den sogenannten "Homelands". Die Schaffung dieser Reservate und die Verpflichtung der schwarzen Arbeitskraft, ihren festen Wohnsitz in einem dieser "Homelands" aufrechtzuhalten, soll Reste dieses vorindustriellen Bewußtseins konservieren und die jeder-



zeitige Abschiebbarkeit, bzw. Mobilität der Ware Arbeitskraft garantieren. Wie die blutigen Aufstände in Soweto 1976 und zahlreiche "wilde" Streiks der letzten Zeit gezeigt haben, sind alle diese Sicherheitspläne zur Rettung der Apartheid - bei ihrer gleichzeitigen Lockerung in unwesentlichen gesellschaftlichen Bereichen - zu spät ausgeheckt worden.

Azania wird von zwei starken Strömungen im Inneren erkämpft werden: von den Bewohnern der "Homelands", der armen Landbevölkerung und vom Industrieproletariat. Ihr nationales Bündnis hätte neben der zunehmenden außenpolitischen Isolierung Südafrikas die nötige Sprengkraft, um diese finsterste Zwingburg kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung in die Luft zu jagen. (Neben unzureichenden ausländischen Kapitalinvestitionen mit Ausnahme der BRD (!) und der rapid ansteigenden Kapitalflucht bildet auch die sinkende Einwanderer- und wachsende Auswandererzahl von Weißen einige jener zahllosen Fangeisen, die notwendig sein werden, dieses über sagenhafte Reichtümer und die Atombombe verfügende Regime daran zu hindern, daß es die gesamte Wagenburg mit allem Drum und Dran anzündet, ehe es kapituliert.)

Stürzt Mobutu nach dem dritten Streich?

Dieses war der zweite Streich der Rebellen in der Zaire-Provinz Shaba genau ein Jahr nach dem ersten Streich der Katanga-Gendarmen, über den wir in der OL 34, Mai 1977, ausführlich berichtet haben.

Die westlichen Massenmedien verhehltem ihrem Publikum wohlweislich nicht, daß Mobutus skandalöse, luxuriöse und korrupte Privatherrschaft die Wurzel des Übels ist und daß die total verlotterte Wirtschaft Zaires durch eine Dauerpräsenz der ehemaligen Kolonialmacht Belgien und ihrer treuen französischen Helfer auch nicht saniert werden kann. Zumal Fallschirmjäger und Fremdenlegionäre kaum die Kupferminen in Schuß halten, zivile Berater jedoch nach diesem blutigen Abenteuer nur ungern nach Kolwezi kommen werden.

Immerhin war ihre physische Bedrohung angeblicher Anlaß für die belgisch-französische Intervention mit Billigung der USA. Noch bevor irgendjemand irgendetwas wußte, wußten unsere Massenmedien über Massaker an Weißen genau Bescheid. Ob diese nun eigentlich durch diese "Hilfsaktion" provoziert wurden, jedenfalls konnten sie dann tatsächlich festgestellt werden. Allerdings

stammte ein Großteil der Opfer (wenn man sich auf die Aussagen von ausgeflogenen Augenzeugen verläßt) hauptsächlich von der nach allen Regeln einer Soldateska plündernden, vergewaltigenden und mit Panzerkanonen auf Privathäuser schießenden Armee Mobutus. Wen wird dieser feine Unterschied noch stören? Schwarze waren's, das sagt doch einem Europäer alles.

Es ist schon ein Kreuz: baut ein weißes europäisches Land vor hundert Jahren eine Kolonialherrschaft auf, mit funktionierender Verwaltung, Kultur, Zivilisation, kommen die Kolonialvölker eines Tages daher und vertreiben sie. Baut dasselbe europäische Land mit Hilfe einiger Marionetten oder einer Kompradorenbourgeoisie eine auf "korrekten zwischenstaatlichen Beziehungen" beruhende neokolonialistische Ausbeutungsherrschaft auf, kommen die Feinde der einheimischen Schmarotzer, Marionetten und Handlanger daher und stürzen diese - wobei auch die weißen Herren wieder daran glauben müssen.

Undank ist der (dritten und vierten) Welten Lohn - für jene erste Welt, die sich seit einem Jahrhundert an ihnen mästet.

Probleme der Solidarität

Wie unser Ausgangspunkt, das Beispiel Angola, gezeigt hat, müssen sich nationale und antiimperialistische Bewegungen vor und nach ihrem Sieg auf Verbündete stützen können, die nach der derzeitigen politischen Weltkonstellation neben den bescheidenen Mitteln konfessioneller und anderer Hilfsorganisationen des Westens in erster Linie aus den Ländern der direkten Kontrahenten und wohl auch Konkurrenten des Imperialismus kommen.

Da die VR China in ihrer außenpolitischen Orientierung heute eine Politik des kleineren Übels gegenüber dem Imperialismus der westlichen Monopole betreibt und den Hauptfeind nicht nur für sich, sondern allgemein auf Weltenebene in der SU ("Sozialimperialismus") erblickt, bleibt auch den schwarzafrikanischen Befreiungsbewegungen nur wenig Raum für Optionen.

Eine besondere Tragik dieser Einbahnstraße der Solidarität bietet der Kon-

flikt am Horn von Afrika, der hier nur gestreift werden kann und als exemplarisches Lehrstück unsere Überlegungen abschließen soll.

Konnte noch vom Beobachter der Fahnenwechsel im somalisch-äthiopischen Konflikt (um Ogaden) nachvollzogen werden, da sich dort der "somalische Sozialismus" ziemlich klar als chauvinistischer Traum einer Militärherrschaft entpuppt hat, muß die bedingungslose Unterstützung des DERG in Addis Abeba durch die kubanisch-sowjetische Seite umso mehr nachdenklich stimmen, als sie sich in einem Aufwaschen auch gegen die äthiopischen Befreiungsbewegungen zu richten scheint. Ohne die Politik der ELF und der ELPF kritiklos zu unterstützen und die Sezession von Äthiopien zu befürworten, gibt es doch genug Anhaltspunkte dafür, daß auch der "äthiopische Sozialismus" sich eines Tages als der charismatische Traum einer Militärdiktatur entpuppen könnte.

Die Haltung des Ratgebers können wir getrost jenen überlassen, die vom sicheren Schreibtisch aus auf jede komplexe Frage eine einfache Antwort geben können - ob sie hilft oder nicht. Wir sollten nach unseren Möglichkeiten unsere Solidarität allen afrikanischen Befreiungsbewegungen gegenüber bekunden, die für die nationale und soziale Emanzipation ihrer Länder kämpfen. Wir sollten jede Unterstützung für diese Befreiungsbewegungen - wenn wir ihre politischen Ziele für richtig halten - kritisch würdigen -, ob sie nun von konfessioneller, altruistischer oder von Seiten der Länder des "real existierenden" Sozialismus kommen. Wer bestimmte Befreiungsbewegungen zwar unterstützt, deren Unterstützer an Ort und Stelle jedoch entlarvt, verdächtigt und ihnen unlautere Absichten unterschiebt, will auf den wärmenden Flammen der Solidarität in Wahrheit nur das eigene politische Süppchen kochen.

Zsolt Patka ■



Der Badestrand der FÖJ/BfS am Neufeldersee ist ein Erholungs- und Kommunikationszentrum in den Sommermonaten, das allen Freunden zur Verfügung steht.

In zehn Vierbettzelten kann man auch einen kurzen oder langen Urlaub verbringen, hygienische Anlagen, Abwasch etc. sind vorhanden.

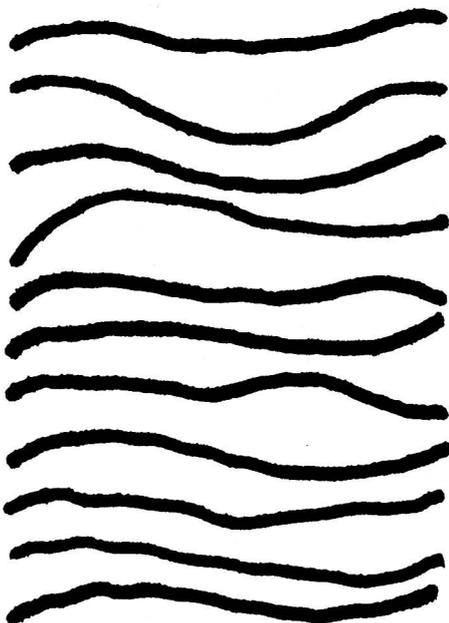
Im Juli finden die bereits Tradition gewordenen Kinderturnusse statt. (Anmeldungen bei Renate, 1090 Wien, Belvedereg. 10, Tel.: 65-19-52.)

An den Wochenenden gibt es Volleyballturniere in der Au. Den gewonnenen oder verlorenen Gspritzten kann man unter schattigen Bäumen gleich nebenan beim Wirt trinken, dessen Küche gut und nicht zu teuer ist.

Am Abend gibt es dann manchmal ein richtiges Lagerfeuer am Wasser. Permanente Gelegenheiten zur politischen Diskussion und zum persönlichen Gespräch.

Und das Ganze zu einem geringen Unkostenbeitrag.

Willkommen, bei uns am See!



30 offensiv links

Buchtipps

Aus der italienischen Arbeiterbewegung

Wer sich für die italienische Arbeiterbewegung nach 1945 interessiert und in Italien mehr sieht als einen "Projektionsgegenstand für politische Wunschvorstellungen" (so im Klappentext zu Rieland, siehe unten), wird nicht umhin können, sich mit der Gruppe um die Zeitschrift "Quaderni rossi" (Rote Hefte) und den ins Deutsche übersetzten Arbeiten von Leuten wie Tronti, Panzieri und Alquati - um vorerst nur einige Namen zu nennen - genauer auseinanderzusetzen. Hat doch diese Gruppe versucht, eine grundlegende Kritik der Ideologie und Praxis der Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg zu leisten und das Verhältnis von Organisation und Autonomie neu zu bestimmen. Wegen dieser Fragestellungen hatten die "Quaderni rossi" einen entscheidenden Einfluß auf die Neue Linke in Italien und auch, vermittelt, auf BRD-Linke, die man unter der Bezeichnung "Arbeiterwissenschaftler" zusammenfassen könnte. Auf dem beschränkten Platz, der mir zur Verfügung steht, kann ich nur versuchen, eine kurze Entstehungsgeschichte der "Quaderni rossi" zu liefern und einige wenige ihrer Thesen zu vermitteln, und hoffe, einen Anstoß zur genaueren Beschäftigung mit der Theorie und Praxis dieser Gruppe geben zu können.

In den kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften Italiens führte die Repression der Unternehmer und die Entfernung von der Arbeiterbasis zu entscheidenden Wahlniederlagen, besonders im Jahr 1955. Danach begann eine Phase der Selbstkritik, in der sich die Gewerkschaften mit der geänderten Situation der Arbeiter in den Betrieben auseinandersetzten. In der PCI und der PSI war eine ähnliche Entwicklung zu verfolgen. Auf die Entfernung der PCI von ihrer Basis reagierten Arbeiter mit Austritten, so sank der Arbeiteranteil in der PCI von 1950 (886.653 Arbeiter) bis 1962 (643.773 Arbeiter). Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 machten sich die innerparteilichen Kritiker in beiden Parteien bemerkbar. Doch gelang es der PCI, auf Grund der Geschlossenheit ihrer Organisation, die innerparteilichen Kritiker noch im selben Jahr abzublocken, während in der PSI die Kritik am Stalinismus und der Entfernung von der Arbeiterbasis noch bis 1959 fortgeführt werden konnte.

Als dies nicht mehr möglich war, versuchte Raniero Panzieri, ZK-Mitglied der PSI, andere "Linksopponenten" zusammenzufassen und einen Ort für ihre politische Arbeit zu finden, "der zwar außerhalb dieser Organisationen liegt,

nicht aber außerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Geschichte“ (Rieland, S. 119). In Turin, einem Zentrum der italienischen Industrie, bildete sich dann die Gruppe um die Zeitschrift *“Quaderni rossi“*. September 1961 erschien die erste Nummer der Zeitschrift. Alquati schreibt: *“Der Zeitschrift war es gelungen, ‘das Getto zu verlassen und in der Arbeiterbewegung jener Zeit Diskussionen und Auseinandersetzungen... in Gang zu bringen: die Zeitschrift wurde ein Orientierungspunkt... Von der Zeitschrift wurden vor allem Gewerkschafter erreicht, führende Parteifunktionäre und -kader, Leute aus dem Bereich der Kultur und Gesellschaftswissenschaftler, Techniker und Technokraten, subjektive Kräfte der nach vorn drängenden Arbeiterklasse, aber auch junge Unternehmer aus dem öffentlichen und privaten Bereich.“* (Rieland, S 139f) Über Theorie und Praxis der Gruppe schreibt Pozzoli: *“Das erste Heft der ‘Quaderni rossi’ versteht sich noch bedingt innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung“... Was die Gruppe von*

‘Untersuchung-Intervention’ sollte die angemessene Praxis sein, um Intellektuelle und Arbeiterklasse bis zur Bildung einer einheitlichen politischen Bewegung eng zu verbinden, die die bisherige Trennung - als politischer Ausdruck der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung - überwinden würde.“ Nach Interventionen bei u. a. Fiat, die 1962 zu Arbeitskämpfen führten, werden die Beziehungen zur Turiner Metallarbeitergewerkschaft, die als Mittel zur Kontaktnahme mit den Fiat-Arbeitern gedient hatte, aufgegeben. *“Bezugspunkt für die politisch-theoretische Arbeit der Gruppe wird die ‘Autonomie der Arbeiterklasse’. Das bedeutet den Bruch mit den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung einerseits und die Wiederaufnahme der Diskussion um die Rolle der Partei andererseits, wobei das Problem der politischen Organisation der Arbeiterklasse jenseits der historischen Organisationsformen sozialdemokratischer oder bolschewistischer Herkunft gesehen wird... Die Gruppe selbst wollte sich nicht als Partei konstituieren oder als Kern einer neuen re-*

bücher

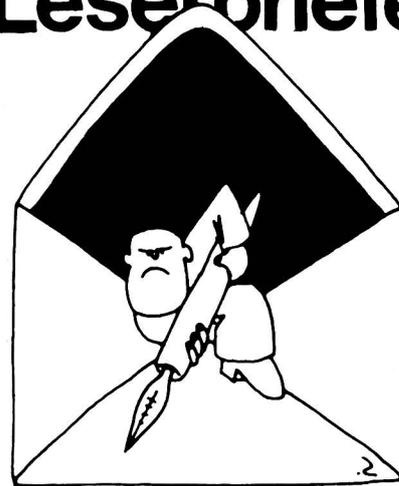
den *“Neoleninisten“* unterscheidet, *“ist die Praxis einer politischen Intervention auf Betriebsebene, die auf der ‘Arbeiteruntersuchung’ basiert.“* Diese Untersuchungen dienten dazu, Kontakte mit den Arbeitern anzuknüpfen, Arbeitskämpfe zu initiieren, Kenntnisse über die Fabrik und die subjektive Lage der im Lauf der veränderten Arbeitsorganisation und der Rationalisierungen neu zusammengesetzten Arbeiterklasse zu gewinnen. Und Pozzoli weiter: *“Die Untersuchung als Methode für ein neues Verhältnis zwischen Intellektuellengruppen und Arbeiterklasse, strebte einerseits danach, durch eine direkte und permanente Verifizierung des Wesens gesellschaftlicher Widersprüche, die traditionelle Trennung zwischen theoretischem Gedanken (politische Linie) und Massenaktion zu überwinden. Andererseits fördert die Untersuchung die direkte Teilnahme der Arbeiter an dieser Verifizierung selbst und dadurch an der Überwindung der organisatorischen Spaltung zwischen politischen Kadern und Arbeiterklasse. Die Methode*

revolutionären Organisation begreifen. Die Praxis außerhalb der alten Organisationsformen wurde als einzige Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Marxismus im Zusammenhang mit den sich entfaltenden Arbeitskämpfen gesehen.“ (Pozzoli, S. 9ff.) - Es sind leider eine Reihe von wichtigen Fragen nicht einmal angeschnitten worden, deshalb folgt eine ausführlichere Buchliste: Bücher:

C. Pozzoli (Hsg.) *“Spätkapitalismus und Klassenkampf“*. Eine Auswahl aus den *Quaderni rossi*. EVA
 R. Alquati *“Klassenanalyse als Klassenkampf“*. Arbeiteruntersuchungen bei Fiat und Olivetti. Fischer Athenäum
 W. Rieland *“Organisation und Autonomie“*. Zur Konstitutionsgeschichte der *Quaderni rossi*. Neue Kritik
 M. Cacciari *“Qualifikation und Klassenkampf“*. Neue Kritik
 S. Bologna *“Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage“*. Merve
 M. Tronti *“Arbeiterklasse und Kapital“*. Neue Kritik
 M. Tronti *“Extremismus und Reformismus“*. Merve
 Panzieri/Libertini *“7 Thesen über Arbeiterkontrolle“*. Verlag Karin Kramer
 Zeitschrift *“Autonomie“* Nr. 1/1975

Hermann Fritzl

Leserbriefe



Liebe Eva, lieber Herbert,

über Eure Biermann-Artikel im Mai-Heft bin ich empört.

Diese Verständnislosigkeit für die Person Biermann ist erschütternd. Da kommt ein Künstler nach Wien (das Wort *“Künstler“* verwende ich hier nicht leichtfertig), absolviert zwölf Stunden Öffentlichkeit, vollbringt eine gewaltige Leistung - wenigstens die Gedächtniskraft und Kondition könnte Euch doch imponieren, wenn Ihr schon die künstlerische Einheit dieses Mannes ignoriert -, aber dünne Nerven darf er nicht haben, und achtzig interessierten Genossen soll er den Vorzug vor einer alten Freundin geben, und Zwischenbemerkungen vor zweitausend Leuten müssen alle, alle spontan sein, und vielleicht hat er auch noch beim Essen geschmatzt und ist aufs Klo gegangen, ganz wie unsereins. Und dann wird ihm noch gönnerhaft empfohlen, sich ein Beispiel zu nehmen an den Flugblattliedern des Genossen Mossmann, die ihrem Namen alle Ehre machen, weil sie Papier sind, nach kurzer Zeit vergilbt und vergessen, während Biermanns Lieder Kunst sind, Einheit von Inhalt, Form und Person, keine liedgewordene Parteilinie, natürlich auch weniger verwendbar, nicht so plakativ, schwer im Marschieren zu singen, keine Gebrauchsgegenstände eben, sondern Lieder, die ein Ganzes für sich gemacht hat und die ein Teil von ihm sind, Lieder aus Fleisch und Blut.

Ihr habt ein Agitationsinstrument eingeladen und ein Mensch ist gekommen; jetzt ist die Enttäuschung groß. Aber was kann Biermann für seine Dreidimensionalität, die Euren Plakat-Erwartungen nicht entspricht?

(Von den neuen Liedern - außer den ganz privaten - bin ich auch enttäuscht; aber gerade deshalb bin ichs, weil diese Lieder so etwas Flugblatthaftes haben, so etwas Mossmannisch-Süverkrüpisches, einen Eindruck von Klischee und Sitzfleisch hinterlassen, von Blutleere und schlechtem Papier. Ich nehme an, daß der Emigrationschock die Ursache ist, die neue Gesellschaft, die Entwurzelung. Entschuldigung soll das keine sein, weil das einzige Recht des Zuhörers im Weghören besteht. Für Ezzes muß man ihm drüberfahren.)

Peter Hirsch

